

EINWOHNERRAT

Thema Einwohnerratssitzung
Sitzungsdatum 22. Januar 2015, 16.00 bis 20.20 Uhr
Sitzungsort Pfarreizentrum
Vorsitz Roland Bühlmann

Kontakt Heike Sommer
Telefon 041 349 12 51
Telefax 041 349 14 81
E-Mail heike.sommer@horw.ch

PROTOKOLL NR. 354

Anwesend	28 Einwohnerratsmitglieder	Entschuldigt	- Röögli Schuler Claudia
	5 Gemeinderatsmitglieder		- Ziegler-Hüppi Jasmin
	1 Gemeindeschreiber		

Traktandenliste

- | | |
|---|----------|
| 1. Vereidigung eines neuen Ratsmitgliedes | Seite 2 |
| 2. Bericht der Präsidentin der Bürgerrechtsdelegation | Seite 4 |
| 3. Bericht und Antrag Nr. 1497 Evaluation energiepolitisches Programm 2011-2014 und energiepolitisches Programm 2015-2018 | Seite 5 |
| 4. Bericht und Antrag Nr. 1535 Stellenaufstockung Natur- und Umweltschutz | Seite 12 |
| 5. Fragestunde | Seite 22 |
| 6. Bericht und Antrag Nr. 1534 Planungsbericht Solaranlagen auf Dächern gemeindeeigener Bauten | Seite 22 |
| 7. Motion Nr. 283/2014 von Urs Röllli, FDP, und Mitunterzeichnenden: Planungsbericht zur Erarbeitung „Masterplan Gemeindeinfrastrukturanlagen in der Gemeinde Horw“ | Seite 25 |
| 8. Postulat Nr. 654/2014 von Thomas Zemp, CVP: Überprüfung und Aktualisierung Strassenverzeichnis (Nr. 633) | Seite 28 |
| 9. Interpellation Nr. 639/2014 von Hannes Koch, LZO, und Mitunterzeichnenden: Weiteres Vorgehen in Bezug auf den Ökihof | Seite 30 |
| 10. Dringliches Postulat Nr. 655/2015 von Zemp Thomas, CVP, und Mitunterzeichnenden: Planungszonen für preisgünstigen Wohnraum | Seite 34 |

Feststellungen

Die Einladungen wurden fristgerecht versandt. Die Mehrheit der Ratsmitglieder ist anwesend. Wir sind verhandlungs- und beschlussfähig.

Mitteilungen

Am 3. Dezember 2014 ist beim Gemeinderat das Gesuch von Raphael Dali, CVP, um Entlassung aus dem Einwohnerrat eingegangen. Er tritt aus beruflichen Gründen und aufgrund familiärer Mehrbelastung - er ist zum vierten Mal Vater geworden - zurück.

Repräsentationen

- 1. Januar 2015: Neujahrsapéro der Gemeinde Horw
- 10. Januar 2015: Inthronisation vom Eglivater Peter I.

Gratulationen

In den Monaten Dezember und Januar darf ich zu 53 hohen Geburtstagen gratulieren.

Einbürgerungen

Seit der letzten Sitzung wurde 4 deutschen, 3 kroatischen und 3 bosnisch-herzegowinischen Staatsangehörigen das Bürgerrecht der Gemeinde Horw zugesichert. Das Gesuch eines spanischen Staatsangehörigen wurde sistiert.

Protokoll

Gegen das Protokoll Nr. 353 der Sitzung vom 20. November 2014 sind keine schriftlichen Einsprachen eingegangen. Das Protokoll ist somit genehmigt.

Neueingänge

- 19. Dezember 2014: Dringliche Interpellation Nr. 643 von Ueli Nussbaum, FDP, und Mitunterzeichnenden: Alter Werkhof
- 19. Dezember 2014: Dringliche Interpellation Nr. 644/2014 von Reto von Glutz, SVP, und Mitunterzeichnenden: Umsetzung Projekt "Alter Werkhof", Kantonsstrasse 154, Horw
- 9. Januar 2015: Dringliches Postulat Nr. 2015-655 von Thomas Zemp, CVP, und Mitunterzeichnenden: Planungszonen für preisgünstigen Wohnraum

Rechtskraft von Beschlüssen

Seit der letzten Sitzung sind keine Geschäfte in Rechtskraft erwachsen.

1. Vereidigung eines neuen Ratsmitgliedes

Ivan Studer, CVP, wird als Nachfolger von Raphael Dali, CVP, als Mitglied des Einwohnerrates vereidigt. Er legt das Gelübde ab.

Sprecher/in

Roland Bühlmann
(SVP)

Roland Bühlmann
(SVP)

Bereinigung Traktandenliste

Der Gemeinderat hat heute Morgen allen Einwohnerräten eine E-Mail geschickt mit der Mitteilung, dass er das Traktandum 7, Zusatzbericht zum Bericht und Antrag Nr. 1530, Umgestaltung Krienserstrasse, Bauprojekt und Landverkauf, abtraktandieren möchte.

Roland Bühlmann
(SVP)

Der Gemeinderat hat heute Morgen entschieden, Ihnen die Abtraktandierung des Zusatzberichtes zum Bericht und Antrag Nr. 1530 zu beantragen. Im Nachgang zu den vorberatenden Kommissionen sind durch weitere Nachfragen aus Ihren Reihen grundsätzliche Fragen aufgetaucht, die einer Klärung bedürfen. Ich bitte Sie, dem Antrag zu entsprechen.

Manuela Bernasconi
(CVP)

Im Schreiben heisst es, dass das Geschäft zurückgezogen wird. Für mich ist die erste Frage, was mit dem Geschäft passiert und die zweite Frage ist, wie es weitergeht. Im Rat ist bis jetzt ganz klar herausgekommen, dass der Verkauf vom Grundstück Nr. 2024 unbestritten ist. Es ist mir ein Anliegen, dass es nachher mit dem Verkauf des Grundstücks auch relativ zügig vorangeht, das notabene keinen direkten Zusammenhang mit der Umgestaltung der Krienserstrasse hat.

Thomas Zemp (CVP)

Wie ich gesagt habe, ist noch Klärung nötig und weil das noch nicht abgeschlossen ist, kann ich jetzt auch nichts Weiteres dazu sagen.

Manuela Bernasconi
(CVP)

Gegen die Abtraktandierung von Traktandum 7 wird nicht opponiert.

Roland Bühlmann
(SVP)

Begründungen dringliche Vorstösse

Dringliches Postulat Nr. 2015-555 von Thomas Zemp, CVP, und Mitunterzeichnenden: Planungszonen für preisgünstigen Wohnraum

Der Einwohnerrat hat mehrfach die Wichtigkeit des Erhalts und der Schaffung preisgünstigen Wohnraums bestätigt. Es gibt in Horw einzelne Gebiete mit einer Grosszahl von Gebäuden, die ins Alter gekommen sind und mit jeder Renovation, jedem Umbau oder Ersatzbau geht potenziell preisgünstiger Wohnraum verloren. Es ist deshalb sinnvoll, hier rasch zu handeln und das Postulat gibt dem Gemeinderat das Instrument in die Hand, in dem Bereich etwas zu machen. Darum bitte ich Sie, der Dringlichkeit zuzustimmen.

Thomas Zemp (CVP)

Das Thema ist bereits mit sehr vielen Vorstössen besetzt und abgedeckt. Wir sind an der Bearbeitung des Berichtes und Antrages, der all die Themen behandelt. Der Einwohnerrat kann dann auch mitbestimmen, welche Instrumente in unserer Gemeinde später umgesetzt oder von uns weiterbearbeitet werden sollen. Wir machen Ihnen eine Auslegeordnung und weil das Thema jetzt gerade bearbeitet wird, können wir den Vorstoss auch noch entgegennehmen und prüfen.

Manuela Bernasconi
(CVP)

Der Gemeinderat opponiert nicht gegen die Dringlichkeit.

Dringliche Interpellation Nr. 643/2014 von Ueli Nussbaum, FDP, und Mitunterzeichnenden: Alter Werkhof

Mit dem Hin und Her vom Werkhof, was bereits im Dezember 2011 angefangen hat, verliert die Gemeinde pro Jahr 53'444 Franken Zinseinnahmen. Das ist schon ein Grund, warum man der Dringlichkeit stattgeben sollte. Es sind viele offene Fragen, die man mit der Dringlichkeit klären kann und damit wir auch wissen, was jetzt überhaupt Sache ist.

Ulrich Nussbaum
(FDP)

Der Gemeinderat opponiert nicht gegen die Dringlichkeit und darin eingeschlossen ist auch die folgende Interpellation, die das gleiche Thema behandelt. Wir möchten Ihnen aber beliebt machen, beide Interpellationen erst an der März-Sitzung zu behandeln, denn am 3. Februar findet ein weiteres Gespräch mit dem Baurechtnehmer statt und uns erscheint es nicht zielführend, vor dem Gespräch die ganze Auslegeordnung in der Öffentlichkeit auszubreiten. Dadurch könnten die Fronten weiter verhärtet werden und die Suche nach einem Konsens könnte dadurch gefährdet sein. An der März-Sitzung können wir Sie dann über das Ergebnis informieren und alle Ihre offenen Fragen beantworten. Wir bitten Sie, auf das Anliegen einzutreten.

Manuela Bernasconi
(CVP)

Dringliche Interpellation Nr. 644/2014 von Reto von Glutz, SVP, und Mitunterzeichnenden: Umsetzung Projekt „Alter Werkhof“, Kantonsstrasse 154, Horw

Der Gemeinderat bestreitet die Dringlichkeit nicht, möchte die beiden dringlichen Interpellationen aber an der Sitzung im März behandeln. Dagegen wird nicht opponiert.

Roland Bühlmann
(SVP)

2. Bericht der Präsidentin der Bürgerrechtsdelegation

Die Bürgerrechtsdelegation hat die Kompetenz, abschliessend über Einbürgerungsgesuche zu entscheiden. Darum wird der Einwohnerrat einmal pro Jahr über die Arbeit der Delegation informiert. Der heutige Bericht bezieht sich auf die Zeitspanne vom 1. September 2013 bis 31. August 2014.

Rita Wyss (L2O)

Eine kurze Zusammenfassung, wie der Einbürgerungsprozess verläuft:
Die Gesuchstellenden müssen einen Informationskurs besuchen. Im letzten Jahr fanden zwei Informationskurse statt. Die einbürgerungswilligen Personen setzen sich an vier Abenden mit den Themen Bund, Kanton Luzern, Gemeinde Horw, Lebensgewohnheiten, Sitten und Gebräuche und mit der persönlichen Integration auseinander. Diese Kurse werden von der Caritas durchgeführt. Die Rückmeldungen der Kursteilnehmenden sind durchwegs positiv. Es ist demzufolge sinnvoll, solche Kurse anzubieten.

Nach dem Kurs findet mit dem zuständigen Gemeinderat Robert Odermatt und mit dem Zivilstandsbeamten Andreas Meier ein Gespräch statt. Wenn das Gespräch positiv verläuft, wird ein B+A erstellt, der im Gemeinderat besprochen wird. Wenn alle Voraussetzungen zur Einbürgerung erfüllt sind, wird ein Antrag zur Zusicherung des Bürgerrechts der Gemeinde Horw formuliert.

Wenn es soweit ist, beginnt die eigentliche Arbeit der Bürgerrechtsdelegation. Sie hat den Auftrag, die Einbürgerungsgesuche eingehend zu prüfen. Anschliessend werden die Personen zu einem Gespräch eingeladen.
Im Gespräch geht es um Sprachkompetenz, Integration sowie staatspolitisches und allgemeines Wissen über die Schweiz. Die Gespräche werden ausgewertet und es wird abschliessend entschieden.

Folgende Entscheide sind möglich:

- Zusicherung des Bürgerrechts der Gemeinde Horw;
- 2. Gespräch innerhalb eines halben Jahres vor allem für Personen, die sich nicht gut auf das Gespräch vorbereitet haben, wir aber den Eindruck haben, dass sie das Potenzial hätten, wenn sie sich anstrengen würden;
- Sistierung für mindestens 1 Jahr für Personen, bei denen grundlegende Sachen noch nicht vorhanden sind;
- Negativentscheid, d.h. das Gesuch wird nicht weiter bearbeitet.

Wird das Bürgerrecht zugesichert, geht das Dossier zur weiteren Bearbeitung und Überprüfung an den Kanton und dann an den Bund.

Wie alle zwei Jahre, fand am 2. Dezember 2013 ein Apéro für alle neu eingebürgerten Personen statt. Der Anlass fand in einem feierlichen, schönen Rahmen statt und wurde gut besucht.

Im Frühling 2014 haben vier Mitglieder der Bürgerrechtsdelegation an einem Kurs zum Thema "Wann ist eine Person integriert" teilgenommen. Das Amt für Gemeinden hat diesen Kurs organisiert.

Im vergangenen Amtsjahr 2013/14 fanden 7 Sitzungen statt, in denen 28 Berichte und Anträge, die 42 Personen betrafen, besprochen wurden. Im Berichtsjahr wurden insgesamt 31 Personen eingebürgert, 4 Personen werden zu einem zweiten Gespräch aufgefordert. Vier Gesuche wurden sistiert und drei sind negativ ausgefallen.

Von den eingebürgerten Personen sind 13 aus dem Kosovo, 6 aus Portugal, 4 aus dem Iran, je 2 Personen kommen aus Deutschland und dem Irak und je 1 Person kommt aus Bosnien, Italien, Montenegro und Syrien.

Die Bürgerrechtsdelegation trägt eine grosse Verantwortung und es ist unser Ziel, die Gespräche in einem offenen und wertschätzenden Klima zu führen und alle gleich zu behandeln. Dies ist immer wieder eine grosse Herausforderung. Wir erwarten, dass sich die Gesuchstellenden ihren Möglichkeiten entsprechend gut auf dieses Gespräch vorbereiten.

3. Bericht und Antrag Nr. 1497 Evaluation energiepolitisches Programm 2011-2014 und energiepolitisches Programm 2015-2018

Eintreten GPK

Die Geschäftsprüfungskommission hat die Evaluation des energiepolitischen Programms 2011-2014, das der Einwohnerrat im Januar 2014 bei der Beratung der kommunalen Energieplanung verlangt hat, eingehend beraten. Beraten wurde auch das neue energiepolitische Programm 2015-2018.

Der Bericht ist ausführlich und benutzerfreundlich aufgebaut. Den damals formulierten Zielen und Massnahmen ist jeweils eine qualitative Zielbeurteilung gegenübergestellt und es ist jeweils transparent beschrieben, warum ein Ziel erreicht worden ist oder eben nicht. So haben jetzt die Verantwortlichen aus der Verwaltung und der Politik einen Überblick über die wichtigsten Handlungsfelder. Die Umsetzung der Massnahmen des energiepolitischen Programms 2011-2014 wirkt sich direkt auf die Bewertung im Energiestadtprozess aus. Der Wert ist von 71 % im Jahr 2011 auf 73 % angestiegen.

Positiv aufgefallen ist die Entwicklung im Bereich Raumplanung, insbesondere weil im Bauwesen energierelevante Massnahmen eingeführt worden sind, weil das Angebot im öffentlichen Verkehr ausgeweitet worden ist, aber auch weil in diversen Bereichen Sensibilisierungskampagnen und Informationsveranstaltungen durchgeführt worden sind. Weitere Pluspunkte konnten in den Bereichen der internen Organisation und der Kommunikation gesammelt werden.

Nathalie Portmann
(L2O)

Bei der Detailberatung der GPK ist die Diskussion besonders lange um zwei Themengebiete gekreist: Erstens hat erstaunt, dass sich die Bewertung gerade bei den kommunalen Gebäuden und Anlagen verschlechtert hat. Wird doch mehrfach im Bericht darauf hingewiesen, dass der Gemeinde eine Vorbildfunktion zukommt. Durch ungenügende Energieeffizienz in den gemeindeeigenen Gebäuden wird unnötigerweise Energie verschwendet und die Gemeinde verliert so ihre Vorbildwirkung. Die verschlechterte Energiebilanz in den Gebäuden führt zudem zu einem Mehraufwand von über 50'000 Franken für die Energiebeschaffung. Im energiepolitischen Programm 2015-2018 wurden jetzt aber entsprechende Massnahmen beschlossen, z.B. Weiterbildung der Hauswarte. Gerade darin zeigt sich der Nutzen des energiepolitischen Programms und dessen Evaluation. Nur wenn Ziele festgelegt werden und diese regelmässig im Rahmen eines Monitorings überprüft werden, können unerwünschte Entwicklungen festgestellt und mit geeigneten Massnahmen korrigiert werden.

Ein zweites Thema, um das sich die Diskussion in der Geschäftsprüfungskommission gedreht hat, waren die Kosten-Nutzenanalyse der einzelnen Massnahmen und die Kosten des Energiestadt-Labels. Dazu gibt es im B+A nur wenige Informationen. Die GPK möchte deshalb die UEK, die Energiefachstelle und den Energiestadtberater dazu ermuntern, beim nächsten energiepolitischen Programm in den Leitsätzen einen Punkt zur wirtschaftlichen Effizienz aufzunehmen.

Die Geschäftsprüfungskommission ist für Eintreten und einstimmig für Kenntnisnahme der Evaluation des vergangenen Programmes und ebenso einstimmig für die Kenntnisnahme des neuen energiepolitischen Programmes.

Eintreten BVK

Energiefragen sind in der heutigen Zeit meist auch Fragen der Ökologie, der Ökonomie und beinhalten auch die Mobilität. Die genannten Themen weisen alle einen Bezug zum eigenen Verhalten auf und neben den harten wirtschaftlichen Aspekten, die auch das eigene Portemonnaie betreffen, kommen nach Meinung der BVK auch ideologische Aspekte zum Tragen und sind Ausdruck vom eigenen Bezug zu der Umwelt. Die Klimadiskussion ist allgegenwärtig und ebenso die damit verbundenen Kosten und die Verzichtssproblematik.

So erstaunt es nicht, dass in der Diskussion in der BVK zum B+A die Spannungsfelder zu spüren waren. Das hat sich an konkreten Fragen gezeigt, z.B. welche Bedeutung und welchen Nutzen das Energielabel hat, ob eine Gemeinde in der Grösse von Horw ein Energielabel haben muss oder etwas provokativer gefragt, was das eigentlich bringt. Kann man nicht auch Energiestadt ohne ein Label sein? Kann man etwas ohne das Instrument bewegen?

Die BVK sieht durchaus einen Nutzen in den gezielten Anstrengungen, die mit dem Label verbunden sind. Das Label löst zwar verschiedene Papiere und auch Kosten aus, auf der anderen Seite stehen aber Stichworte wie z.B. Sensibilisierung, Rahmenbedingungen, erleichterte Informationsbeschaffung, Angebote an Vergleichsmöglichkeiten, Verbindlichkeit und Systematik. Gerade die Systematik ist für eine Gemeinde in der Grösse von Horw sinnvoll, ebenso Mess- und Vergleichsmöglichkeiten mit 350 Gemeinden in der Schweiz, der Zugang zu Wissen von anderen Gemeinden und die Austauschmöglichkeiten. Das Label kann ein Ansporn sein, die Vergleichbarkeit und zielgerichtete Kontinuität der Anstrengungen zu fördern. Nicht zuletzt hilft das Label bei der Kommunikation, denn wie will eine Gemeinde der Bevölkerung sonst vermitteln, dass sie selber im Energiebereich ihre Hausaufgaben gemacht hat. In dem Zusammenhang ist in der BVK auch verschiedentlich der Vergleich mit dem bekannten Qualitätsmanagementsystem von EFQM gefallen, zu dem durchaus gewisse Parallelen bestehen.

Richard Kreienbühl
(CVP)

Bei der Kosten-/Nutzendiskussion ist für die BVK entscheidend, dass die Massnahmen, die heute mit höheren Kosten verbunden sind, mit einem B+A in den Einwohnerrat gelangen, womit auch Steuermöglichkeiten vorhanden sind.

Die einzelnen Punkte der Evaluation und des Programms wurden in der BVK diskutiert, haben aber keine nennenswerten Fragen oder gezielte und vertiefte Diskussionen ausgelöst. Die Grundfragen der Evaluation und des Programms sind aus Sicht der BVK entscheidend. Die BVK ist einstimmig für Eintreten und Kenntnisnahme vom B+A.

Eintreten CVP

Markus Bider (CVP)

Die CVP hat den vorgelegten B+A zur Kenntnis genommen und teilweise kritisch diskutiert. Wir stellen positive und negative Aspekte fest. Auf der positiven Seite kann man klar feststellen, dass der Bericht darlegt, dass der verantwortungsvolle Umgang mit Energie ein Anliegen der gesamten Verwaltung der Gemeinde ist und dass viele Mitarbeitende in den Prozess eingebunden sind. Man kann davon ausgehen, dass dadurch eine gewisse positive Ausstrahlung auf die Gemeindebevölkerung entsteht.

Es zeigt sich, dass das Energiestadtlabel in der Verwaltung als nützliches Instrument wahrgenommen wird, indem es gewisse Aktionsbereiche systematisch abdeckt und so eine strukturierte Arbeitsweise unterstützt.

Als direkte Folge des energiepolitischen Programmes wurde offensichtlich auch eine ungünstige Energieverbrauchsentwicklung bei den gemeindeeigenen Immobilien festgestellt. Die CVP hat den Eindruck, dass die notwendigen Massnahmen ergriffen wurden oder geplant sind.

Auf der negativen Seite stellen wir fest, dass der Politik kaum nützliche Instrumente in die Hand gegeben werden. Die quantitative Wirkung, also die Antwort z.B. auf die Frage, um wieviel die Energieeffizienz dank dem Label nun gesteigert wurde, bleibt der Bericht schuldig. Zwar werden in der Beilage 3 solche Schätzungen genannt, es fehlen jedoch Angaben zur Methode und Quervergleiche zu anderen Gemeinde. Das ist insbesondere darum bedauerlich, weil gerade der Quervergleich mit den 350 Gemeinden, die mein Vorredner erwähnt hat, einer der Hauptgründe ist, warum man Energiestadt ist, nämlich dass man Zugang zu den Daten hat. Der Datenpool ist offensichtlich nicht ausgewertet worden oder hat zumindest keinen Eingang in die umfangreichen Unterlagen gefunden und das ist aus unserer Sicht sehr bedauerlich.

Als grösste quantitative Einsparung wird der erfreuliche Umstand genannt, dass der Gesamtverbrauch auf dem Gemeindegebiet abgenommen habe. Ob dies durch Abwanderung grosser Verbraucher geschehen ist oder ob dank dem technischen Fortschritt nun effizientere Geräte gebraucht werden, bleibt offen. Der Bericht gibt auch keine Hinweise zum Grenznutzen gewisser Massnahmen. Er sagt uns Politikern nicht, wo wir allfällige Fördergelder am wirkungsvollsten einsetzen können. Es ist ein Sammelsurium von Massnahmen, die für sich selber vernünftig erscheinen, aber eine Priorisierung nach Effizienz der Massnahmen ist aufgrund der Unterlagen unmöglich.

Aufgrund der letzten beiden Punkte ist der Bericht für die CVP insgesamt enttäuschend. Wir haben auch die Fortsetzung des Programms gemäss Beilage 4 angeschaut und dort ist auch festgestellt worden, dass grundsätzlich offenbar davon ausgegangen wird, dass Mittel einfach zur Verfügung gestellt werden. Was uns fehlt, ist, dass man eine ökonomische Effizienz als mindestens gleichwertiges Prinzip zur Energieeffizienz in einem Leitsatz aufnimmt und dadurch das Spannungsfeld zwischen Kosten und Nutzen von energiesparenden Massnahmen zumindest thematisiert. Wie man dann damit umgeht, ist natürlich eine politische Frage, man sollte es aber grundsätzlich thematisieren. Wir sind einstimmig für Eintreten und zustimmende Kenntnisnahme vom B+A Nr. 1497.

Eintreten L2O

Peter Bucher (L2O)

Die L2O hat die umfangreichen und nicht einfach zu verstehenden Dokumente zur Energieplanung der Gemeinde Horw studiert und diskutiert. Wir danken dem Gemeinderat und der Verwaltung für die grossen Anstrengungen in diesem Bereich. Energiepolitik ist in vielen Aspekten Neuland, das betreten werden muss und das manchmal auch ein wenig sumpfig ist. Dank Unterstützung von Organisationen wie der Energiestadt müssen wir das Rad zwar nicht neu erfinden, aber die Umsetzung der Ideen vor Ort braucht Kreativität und Engagement. Wir danken den Verantwortlichen, dass sie diese Herausforderung angenommen haben und sich einsetzten für die Wandlung - hin zu einer nachhaltigen Gesellschaft.

Zur Wirkungsanalyse möchten wir nicht allzu viel bemerken. Es zeigt ausführlich auf, wo Stärken und Schwächen auszumachen sind und es sind auch erfreulich viele positive Punkte zu vermerken. Der Versuch, das bisher Geleistete in kWh und CO₂-Einsparungen zu bemessen, halten wir für nicht so sinnvoll. Wir müssen uns wohl damit abfinden, dass man nicht alles genau messen kann. Ausserdem sind die Erwartungen, dass der Energieverbrauch und der Anteil nicht erneuerbarer Energieträger in so kurzer Zeit messbar sinken, unrealistisch. Der Umbau und der Umgang mit Energie brauchen Jahrzehnte, schon weil die Investitionen im Gebäudebereich 10-30 Jahre betragen. Also meine Damen und Herren, ich bitte um etwas Geduld! Und genau das ist die Herausforderung, sich zu engagieren, ohne gleich bunte Federn zu bekommen, mit denen man sich schmücken kann. Interessanter ist die Frage, was denn in Zukunft für Massnahmen geplant sind. Ich möchte auch hier nicht auf einzelne Massnahmen im Detail eingehen. Man kann aber feststellen, dass ein ganzer Strauss guter, handfester, konkreter Massnahmen vorgeschlagen wird und das hat gegenüber früher eindeutig und erkennbar an Profil gewonnen. Wage Formulierungen kondensieren mehr und mehr zu klaren Handlungsvorstellungen. Das macht Hoffnung, dass wirklich etwas bewegt werden kann.

Aber, und hier kommt ein entscheidendes Element, die konkrete Umsetzung der Massnahmen braucht Ressourcen in der Verwaltung. Man kann nicht - um nur ein Beispiel zu nennen - eine gute Energiebuchhaltung der gemeindeeigenen Bauten führen und daraus Energiesparmassnahmen ableiten, die notabene wieder Kosten senken, ohne entsprechende Zeit einer versierten Person. Darum möchte ich den Rat erinnern: viele der in diesem Geschäft diskutierten Massnahmen verkommen zur leeren Hülse, wenn wir in dem folgenden Geschäft dem Gemeinderat nicht die Mittel in Form der beantragten Stelle von mindestens 50 % zur Verfügung stellen. Was immer wir hier in diesem Geschäft für Massnahmen verabschieden - ohne eine Person, die sie kompetent und entschieden vorantreiben kann, ist ein energiepolitisches Programm nur ein leeres Lippenbekenntnis, das nicht wirklich ernst genommen werden kann.

In diesem Sinne ist die L2O für Eintreten und Kenntnisnahme vom B+A Nr. 1497.

Eintreten FDP

Ulrich Nussbaum
(FDP)

Nachdem Horw im Jahr 1992 ins Programm „Energiestadt“ eingetreten ist, steht nach den Jahren 2007 und 2011 nun im Jahr 2015 die 3. Zertifizierung an.

In der Fraktion wurde neben der Notwendigkeit auch die Notwendigkeit des Labelerhalts diskutiert. Man stellte sich die Frage, ob sich der Aufwand lohnt, denn einige Sachen aus dem Programm werden so oder so gemacht, mit oder ohne Label!

Es musste festgestellt werden, dass die Evaluation, die jährlichen Überprüfungsaudits sowie das alle vier Jahre wiederkehrende Rezertifizierungsaudit einen Aufwand generiert, der sich lohnen sollte. Im Hinblick auf das Re-Audit werden die Punkte unter die Lupe genommen, die zur Zielerreichung des energiepolitischen Programms festgehalten wurden.

Die Wirkungsanalyse in der Beilage 3 geht auf dieses Thema ein und zeigt, dass es nicht einfach ist, die Wirkung der einzelnen Punkte zu messen. Zum Teil handelt es sich um genaue, messbare Werte, andererseits um Schätzungen und Wahrnehmungen. Fazit ist, dass dank der Evaluation in Zusammenhang mit dem Label, konzeptionelle Gedanken gemacht werden, die unweigerlich zu einer energiebewussteren Denk- und Handlungsweise bei den Beteiligten führt. Die Verwaltung wie auch die Bevölkerung wird sensibilisiert.

In der Fraktion wurde auch festgestellt, dass viele Punkte, die im Programm aufgeführt sind, eigentlich selbstverständlich zu sein scheinen. So zum Beispiel die Zusammenarbeit mit der HSLU. Eine der zwei Massnahmen, die nicht erreicht wurde, ist unter anderem der Abschluss eines neuen Konzessionsvertrages mit der CKW. Die Gründe sind klar, warum dieser Punkt nicht erreicht werden konnte.

Das energiebewusste Handeln kann klar gefördert werden, wenn Zahlen und Vergleichswerte vorhanden sind oder geschaffen werden, wie z.B. die Veränderung im Energieverbrauch auf dem Gemeindegebiet – 1'895 MWh/Jahr!

Was störend scheint, ist die Bürokratie und der grosse administrative Aufwand, wobei, wenn die Punkte einmal erarbeitet sind, ist der Aufwand für kommende Jahre sicher geringer.

Bei der Würdigung fragen wir uns in der Fraktion, ob es immer ehrgeizige Ziele sein müssen und ob es nicht auch einmal realistische Ziele sein dürfen. Weiter stellen wir die Frage: Werden die angebotenen Beratungen kostenlos gehalten oder werden diese kostendeckend verrechnet?

Die FDP ist für Eintreten und wird den B+A kritisch zu Kenntnis nehmen.

Eintreten SVP

Grundsätzlich handelt es sich um ein schwieriges Kapitel, in dem sämtliche Faktoren von Energieeffizienz thematisiert werden, die die Nutzung von Strom, Wärme und Wasser für Gebäude einbeziehen und ermitteln. Es wird festgestellt, dass durch die SIA-Normen bei Neubauten die Energieeffizienz immer besser wird, aber auch, dass der Energieverbrauch stark zugenommen hat. In der Zusammenfassung der wichtigsten Punkte sind sicher einige Kernpunkte, die positiv sind, aber es gibt auch teilpositive. Als Beispiel sehen wir ein Problem hinter der Frage, weshalb hier Tempo 30-Zonen einbezogen wurden. Wir sind nicht grundsätzlich gegen Tempo 30-Zonen, aber der Meinung, dass in der Bauweise manchmal masslos übertrieben wird. Tempo 30-Zonen sind auch ohne spektakuläre Veränderungen und Anbauten auf der Strasse möglich. Ein Vergleichsbeispiel ist die Dreilindenstrasse in Luzern, bei der es keinerlei Verbauung gibt. Bei der Stirnrütistrasse wurde massiv auf der Strasse verbaut und wir stellen uns die Frage, ob das energieeffizient ist.

Die aufgelistete Energiepolitik findet nicht nur in der Gemeinde, sondern auch im Kanton und beim Bund statt. Mit anderen Worten, Gemeinde, Kanton und der Bund sind aufgefordert, viel Geld in die Hand zu nehmen. Natürlich zulasten vom Steuerzahler, aber auch Privatinvestoren werden finanziell nicht verschont. Wir möchten aber davor warnen, jetzt einfach drauflos zu planen, ohne die finanzielle Tragweite in jedem einzelnen Fall genauestens zu prüfen.

Zusammenfassend können wir sagen, dass alles sehr viel Geld kostet. Deshalb ist die SVP-Fraktion für Eintreten, aber ohne grosse Begeisterung und sie wird mit einem wachsamen Auge sämtliche geplanten Aktionen in unserer Gemeinde begleiten.

Jörg Conrad (SVP)

Den Gemeinden kommt in der Energiepolitik eine bedeutende Rolle zu. Sie verfügen über umfangreiche Kompetenzen, die eine wichtige Voraussetzung für eine wirksame Energiepolitik darstellen. Zudem übernehmen sie wichtige Aufgaben im Rahmen des Vollzugs der Energiepolitik. Ich bin der Ansicht, dass Horw gewillt ist, eine aktive Energiepolitik zu betreiben. Wir profitieren von der Nähe zur Bevölkerung, von überschaubaren Verhältnissen und funktionierenden Netzwerken. Wir setzen uns ehrgeizige Ziele in der Energiepolitik und setzen uns seit Jahren ein, diese auch zu erreichen. Seit 2007 sind wir Energiestadt und seither nutzen wir den Energiestadtprozess auf unserem energiepolitischen Weg. Diese Systematik ermöglicht uns, alle Bereiche gezielt und effizient im Sinne der Qualitätssicherung zu überprüfen.

Manuela Bernasconi
(CVP)

Das Label Energiestadt widerspiegelt eine politische Haltung der Gemeinde in kurzen Worten. Der Bevölkerung ist das Energiestadtlabel ein Begriff und vereinfacht die Kommunikation. Das Label ist ein sichtbares Zeichen für die Bemühungen der Gemeinde, aber auch eine Anerkennung, die von der Bevölkerung positiv wahrgenommen wird. Das Label unterstützt die Gemeinde auch bei der Sensibilisierung der Bevölkerung. Die Gemeinde hat auch Vorbildfunktion, eine hohe Eigenverantwortung bei gemeindeeigenen Gebäuden, ist Vollzugsinstanz und setzt die Rahmenbedingungen in Bezug auf Energie. Bei all diesen Aufgaben ist das Label von Nutzen. Energiestadt zu sein, ermöglicht auch guten Austausch in Netzwerken. Zudem stellen Energiestädte Anforderungen an den Kanton, was der einzelnen Gemeinde wieder Nutzen bringt. Wir leisten viel im Energiebereich und sollten deshalb auch darüber sprechen dürfen.

Die Evaluation des energiepolitischen Programms 2011-2014 war eine schwierige Aufgabe und konnte nur in der vorliegenden Form gemacht werden, was in den vorbereitenden Kommissionen auch Kritik einbrachte. Leider können wir nicht auf Knopfdruck alle relevanten Zahlen eruieren und vorlegen. Oft sind wir im Bereich von sehr weichen Faktoren, die nicht in harten Zahlen ausgedrückt werden können, sondern es sind vielleicht sogar eher Werthaltungen. Unser Energiestadtberater hat mittels genauen Messwerten, kombiniert mit Schätzungen, diese Beurteilung gemacht. Die betriebswirtschaftliche Rechnung über alles zu machen, war mit den vorhandenen Ressourcen nicht möglich.

Machen wir nun also zusammen in der Beratung der Unterlagen einen Rückblick und anschliessend einen Blick in die Zukunft auf dem weiteren energiepolitischen Weg unserer Gemeinde. Der Gemeinderat hofft auf anschliessende Kenntnisnahme durch den Einwohnerrat.

Detailberatung

Bericht und Antrag

Keine Anmerkungen

Roland Bühlmann
(SVP)

Beilage 1, Energiepolitisches Programm der Gemeinde Horw 2011-2014

Keine Anmerkungen

Beilage 2, Erläuterungen Erfolgskontrolle energiepolitisches Programm 2011-2014

4.4.2 Vortritt ÖV

Unter diesem Punkt heisst es u.a.: "Im Weiteren wurden auch an der St. Niklausenstrasse drei Bushaltestellen verbessert, zwei mit neuen Unterständen und eine mit neuer Buchtung für den Warteraum." Um welche Bushaltestellen handelt es sich?

Ulrich Nussbaum
(FDP)

Ich gehe davon aus, dass es sich um das Projekt handelt, das jetzt umgesetzt wird. Ganz genau kann ich es aber nicht sagen.

Manuela Bernasconi
(CVP)

Beilage 3, Berechnung / Abschätzung der energetischen Wirkung
Keine Anmerkungen

Roland Bühlmann
(SVP)

Beilage 4, Energiepolitisches Programm 2015-2018

Kapitel 1: Entwicklung, Raumordnung, S. 2

Zum Punkt 1.4.2 "Sicherstellung Beratung im Bauverfahren" haben wir uns gefragt, ob das für die Kunden gratis ist oder verrechnet wird.

Ulrich Nussbaum
(FDP)

Die Energieberatungen kosten etwas, wir unterstützen diese aber über das Förderprogramm und der Kunde zahlt den Rest.

Manuela Bernasconi
(CVP)

Kapitel 3, Versorgung, Entsorgung

3.3.2 Energieplanung (Umsetzung Energiekonzept), S. 7

Unter Massnahmen heisst es: "Personalressourcen sicherstellen/aufstocken".

Ulrich Nussbaum
(FDP)

Dieser Punkt betrifft den nachfolgenden B+A. Wir haben Ihnen im Rahmen vom Bericht und Antrag "Energieplanung" unter M31 die geplante Stellenaufstockung aufgezeigt. Diese ist nötig, wenn alle Massnahmen umgesetzt werden sollen, da nicht genügend Ressourcen vorhanden sind.

Manuela Bernasconi
(CVP)

Kapitel 4, Mobilität

4.2.3 Temporeduktion und Attraktivierung öffentliche Räume, S. 9

Unter Massnahmen heisst es: "Weitere Umsetzung der geplanten Tempo 30- und Begegnungszonen." Wir möchten gerne wissen, um welche Begegnungszonen es sich handelt und ob etwas geplant ist.

Ulrich Nussbaum
(FDP)

Damit ist die weitere Umsetzung des bereits bestehenden Konzepts gemeint, das nur wenige Begegnungszonen enthält. Wir haben verschiedene Prioritäten gesetzt, was zu welchem Zeitpunkt umgesetzt werden soll, z.B. beim Kirchfeld, und das wird auch jeweils mit dem Budget deklariert.

Manuela Bernasconi
(CVP)

4.2.4 Flächendeckende Versorgung mit Alltagsgütern, S. 10

Als zu prüfende Massnahme ist "Heimlieferservice oder Shopping-Taxi" im Zusammenhang mit den demografischen Veränderungen aufgeführt. Von Migros und Coop gibt es Internetangebote für Lieferservice.

Ruth Strässle-Erisman
(FDP)

Frau Bernasconi hat vorhin gesagt, dass je nachdem, was für Massnahmen ergriffen werden, die zusätzliche Stelle beim Natur- und Umweltschutz nötig ist oder nicht. Wenn wir gegen diese Stelle wären, müssten wir dann gezielt Massnahmen streichen?

Nicht alle Massnahmen betreffen die Natur- und Umweltschutzstelle, die von Ihnen angesprochene betrifft z.B. das Sozialdepartement. Mit einer Stellenaufstockung hat das nichts zu tun.

Manuela Bernasconi
(CVP)

4.4.1 Qualität des ÖV-Angebots, S. 11

Unter den geplanten Massnahmen ist die Einführung des 7.5 Minuten-Taktes der Zentralbahn Horw-Luzern aufgeführt. Es ist für mich eine fragwürdige Massnahme, dass das in drei Jahren eingeführt sein soll. Man hat dort z.B. ein Stellwerk, betriebstechnische Anlagen und ich frage mich, was das für Ideen sind. Ich glaube, das ist ein Punkt aus dem Agglomobil due und ich frage mich, warum da Punkte aufgeführt sind, die man vielleicht gar nicht finanzieren kann.

Urs Rölly (FDP)

Ich spreche jetzt als Gesamtleiter "horw mitte". Es ist in Tat ein Thema, aber nicht eingebracht durch die Gemeinde, sondern von der Zentralbahn. Die Doppelspur im Bahnhof Luzern ist in Planung, denn das ist Voraussetzung, damit der 7.5 Minuten-Takt eingeführt werden kann. Der frühestmögliche Zeitpunkt, der von der Zentralbahn angekündigt wurde, ist 2019. Realistisch auch aus unserer Sicht ist es sicherlich im Zusammenhang mit dem Ausbau/Umbau vom Bahnhof Horw, der ab 2021 laufen sollte. Es ist also ein Thema und in der Pipeline und nicht irgendein Phantom.

Markus Hool (FDP)

4.5.1 Mobilitätsmarketing in der Gemeinde, S. 11

Ich weiss nicht, ob wir die Migros Klubschule konkurrenzieren, denn unter Massnahmen heisst es: "Quartierworkshops zum Thema Mobilität, Auffrischkurs mobil sein - mobil bleiben initiieren, DrivePlus, NewRide mit lokalen Händlern und e'mobile - Aktion für die Elektromobilität." Müssen oder wollen wir das anbieten? Das ist immer mit Kosten verbunden.

Ulrich Nussbaum (FDP)

Im Rahmen vom Förderprogramm bieten wir z.B. Quartierworkshops an. Das Oberthema ist die Sensibilisierung der Bevölkerung. Wir haben bestimmt, dass wir das Energieförderprogramm eher in dieser Richtung sehen und nicht irgendeine andere Förderung. Im Budget 2015 liegt der Rahmen bei 10'000 Franken. Die Quartierworkshops werden in den Quartieren angeboten. Man kann verschiedene Themen wählen und eins davon ist die Mobilität. Man will darauf aufmerksam machen, was man im Quartier kann, was jeder selber machen kann, was können Überbauungen usw. Damit kann in den Quartieren direkt etwas bewirkt werden. Die anderen aufgeführten Massnahmen werden angeboten, man kann darauf aufmerksam machen, vielleicht im Blickpunkt oder durch Flyer und so die Sensibilisierung umsetzen. Wir zahlen nicht die Kurse, sondern vermitteln diese. Vielleicht wird auch wieder einmal eine Aktion gemacht, was die Gemeinde vielleicht noch einen kleinen Beitrag kostet, wenn z.B. ein Händler kommt und etwas vorführt, damit sich die Bevölkerung informieren kann.

Manuela Bernasconi (CVP)

Abstimmung:

1. Die Evaluation des energiepolitischen Programms 2011-2014 wird einstimmig zur Kenntnis genommen.
2. Das energiepolitische Programm 2015-2018 wird einstimmig zur Kenntnis genommen.

Roland Bühlmann (SVP)

Gesamtabstimmung:

Der Bericht und Antrag Nr. 1497, Evaluation energiepolitisches Programm 2011-2014 und energiepolitisches Programm 2015-2018, wird einstimmig zur Kenntnis genommen.

4. Bericht und Antrag Nr. 1535 Stellenaufstockung Natur- und Umweltschutz

Eintreten GPK

Die Stellenaufstockung im Natur- und Umweltschutz wurde in der GPK sehr kontrovers diskutiert. Mehrere Mitglieder vertraten die Meinung, dass ihnen beim vorliegenden B+A wesentliche Informationen zur Beurteilung der beantragten Stellenaufstockung fehlen. So hätten wir gern mehr Informationen zu den Massnahmen M31 bis M33 des Berichts über die kommunale Energieplanung von Horw gehabt. Auch eine bessere Analyse der Aufgaben der Natur- und Umweltschutzstelle gemäss Anhang 1 wäre sehr hilfreich gewesen. Wenn man die umfangreiche Liste der Aufgaben ansieht, bekommt man das

Jörg Gilg (FDP)

Gefühl, dass man damit eine ganze Abteilung beschäftigen könnte. Eine gute Priorisierung der Aufgaben und eine effiziente Organisation sind deshalb ganz zentral.

Wenn man die Geschichte der Stelle ansieht, stellt man eine regelmässige Erhöhung dieses Bereichs fest, nämlich von 60 % im Jahr 2001 auf 170 Stellenprozent im Jahr 2015. Es ist schwer zu beurteilen, ob dies zu viel oder zu wenig ist und um wieviel der Bereich in den nächsten Jahren noch wachsen muss. Auch der Vergleich mit anderen Agglomerationsgemeinden bringt da nicht viel. Schlussendlich hat die GPK den Antrag für eine Aufstockung der Natur- und Umweltschutzstelle um 50 Stellenprozent aber mehrheitlich angenommen und beantragt Ihnen das Eintreten auf den B+A Nr. 1535.

Eintreten BVK

Mit dem B+A beantragt der Gemeinderat eine Aufstockung der Natur- und Umweltschutzstelle von 60 auf 110 %. Die 110 Stellenprozent sollen auf zwei Personen verteilt werden. Wer welche Aufgaben übernehmen soll, wird aber erst nach Annahme vom Antrag und bei der Stellenausschreibung konkretisiert.

Die BVK kann sich den Aussagen anschliessen, dass in der Bevölkerung die Sensibilisierung für Energie- und Umweltschutzthemen gestiegen ist. Vor allem die Energiedebatte auf nationaler Ebene hat auch den Normalbürger erreicht. Darum ist es für die BVK nachvollziehbar, dass auch die Ansprüche an die Natur- und Umweltschutzstelle gestiegen sind. Mit der Aufteilung der Aufgaben auf zwei Personen kann auch die Frage der Stellvertretung gelöst werden. Ob eine Stellenaufstockung um 30, 40 oder 50 % sinnvoll ist, können wir nicht beurteilen. Durch die temporäre Anstellung von 40 % im vergangenen Jahr, sollte aber genügend Erfahrung vorhanden sein, um das Notwendige vom Wünschenswerten trennen zu können.

Die BVK beurteilt die Stellenaufstockung als sinnvoll. Wir sind darum einstimmig für Eintreten und Annahme der Stellenaufstockung.

Eintreten CVP

In der letztjährigen Debatte zur kommunalen Energieplanung hat die GPK in einem Antrag auf Bemerkung gefordert, dass vor der definitiven Umsetzung von Massnahmen mit Kostenfolge dem Rat ein B+A vorgelegt werden soll. In diesem B+A hätten die Diskussionsgrundlagen und Voraussetzungen zur kommunalen Fachstelle Energie und die Koordination der Energieplanung mit den Nachbargemeinden vertieft dargelegt werden sollen. Der Rat ist damals diesem Antrag auf Bemerkung mit grosser Mehrheit gefolgt.

Offensichtlich ist jetzt aber der geforderte B+A zu diesen Massnahmen gründlich missverstanden worden. Denn im vorliegenden B+A finden wir die von uns geforderten Ausführungen zur kommunalen Fachstelle Energie und zur Koordination mit den Nachbargemeinden - wenn überhaupt - nur in Ansätzen. Spätestens jetzt, wo es um Massnahmen mit Kostenfolge geht, wäre mehr Tiefgang wünschenswert gewesen.

Bei der Auflistung der Aufgaben im Natur- und Umweltschutz vermissen wir den erforderlichen Konkretisierungsgrad. Die alleinige Aufführung von Aufgaben ohne Gewichtung ist grundsätzlich keine genügende Entscheidungsgrundlage. Vielmehr müsste da noch aufgezeigt werden, welche Aufgaben gesetzlich vorgegeben sind, was im Rahmen der Energieplanung und des Energielabels gemacht werden muss und was nice to have ist. Weiter fehlen Abklärungen zu möglichen Synergien, z.B. zu anderen Organisation und Institutionen, und Überlegungen, ob und wie man die Abläufe in der Verwaltung, z.B. beim Baubewilligungsverfahren, verbessern könnte.

Jürg Luthiger (CVP)

Urs Manser (CVP)

Trotz dieser Unvollständigkeiten hat eine Mehrheit der CVP-Fraktion die grundsätzliche Notwendigkeit einer Stellenaufstockung bei der Natur- und Umweltschutzstelle anerkannt. Dies vor allem, weil im Vergleich zu anderen Gemeinden diese Stelle unterdotiert ist und sonst offenbar gewisse Arbeiten - gerade auch diejenigen im Zusammenhang mit der von uns erwünschten Energieplanung - nicht in der erforderlichen Qualität und Zeit erledigt werden könnten.

Die CVP- Fraktion ist für Eintreten auf den B+A Nr. 1535.

Eintreten L2O

Der Einwohnerrat hat vor fast genau einem Jahr den B+A Nr. 1514 zur kommunalen Energieplanung Horw einstimmig zustimmend zur Kenntnis genommen. Mit dem klaren Ja von allen Parteien haben wir uns auch zu der erforderlichen Massnahme bekannt.

Heute liegt uns der B+A für die Stellenaufstockung vor. Die Stelle hat ein breites Aufgabengebiet, das sich im Laufe der Zeit verändert hat und auch weiter verändern wird. Im Gegensatz zum Sprecher der GPK ist die L2O der Meinung, dass die Stellenprozente nicht kontinuierlich gestiegen sind, sondern die Stelle mit 60 % gestartet ist, man dann Praktikanten dazugenommen hat und jetzt mit einer Stelle für jeweils ein Jahr zu einer Lösung gekommen ist. Man merkt jetzt, und es ist im B+A genügend ausgewiesen, dass eine weitere Stelle mit einem Pensum von 50 % notwendig ist, was dann gesamthaft 110 Stellenprozente ergibt plus eine Praktikumsstelle.

Zu den Projektarbeiten kommen wichtige Prüfungen von Baugesuchen. Im Einwohner-rat ist auch schon mehrmals bemängelt worden, dass Baugesuche nicht abschliessend geprüft worden seien, u.a. aus dem Raum der CVP. Die Kontrolle bezüglich Naturschutzverordnungen sind ebenfalls vernachlässigt worden. Der L2O ist auch bekannt, dass der gesetzliche Vollzug zum Teil nicht gewährleistet werden konnte.

Das sind Argumente, die uns dazu führen, dass die gesamte Stelle eigentlich 160 Stellenprozente ausmachen müsste, wenn man auch Personal ablösen möchte, um Krankheiten auffangen zu können usw. 110 Stellenprozente sind sicher gerechtfertigt. Die Gemeinde Horw legt Wert auf gute Qualität. Qualität ist auch im Natur- und Umweltschutz unerlässlich und kann nur mit angemessenen Ressourcen geleistet werden.

Die L2O ist für Eintreten und Annahme vom B+A Nr. 1535 und somit für eine sinnvolle Stellenplanung bei der Natur- und Umweltschutzstelle.

Eintreten FDP

Die FDP-Fraktion hat an der letzten Sitzung den B+A zur Stellenaufstockung beim Natur- und Umweltschutz kontrovers diskutiert und festgestellt, dass es nicht klar ist, was effektiv zwingende Aufgaben darstellen und was einfach nice to have ist. Eventuell sind auch Doppelspurigkeiten vorhanden und so stellt sich die Frage, was evtl. bereits auf kantonaler Ebene erledigt wird und was effektiv auf kommunaler Ebene zu tun bleibt.

Handlungsbedarf ist sicher gegeben, denn wenn zwingende Arbeiten liegen bleiben, ist das nicht mehr seriös. Mit einer Praktikumsstelle wurde der fehlenden Kapazität sinnvoll Abhilfe geschafft und man hat diese von 50 % auf 100 % aufgestockt.

Gemäss dem B+A kann das Pensum mit 170 Stellenprozenten inskünftig bewältigt werden, aufgeteilt in 110 % Natur- und Umweltschutz und 60 % Praktikumsstelle. Demnach wäre in Zukunft auch eine Stellvertretung gelöst. Im Zusammenhang mit der Entwicklung LuzernSüd werden die Arbeitsvolumen in Beratung und Mitwirkung eher zunehmen als umgekehrt. Die FDP-Fraktion ist geteilter Meinung zum Antrag vom Gemeinderat.

Hannes Koch (L2O)

Sabine Lütolf (FDP)

Eintreten SVP

In der Diskussion zum vorliegenden B+A hat die SVP-Fraktion folgende Aspekte festgestellt: Uns sind Umweltschutz, Natur- und Energieplanung wichtig. Allerdings sind wir der Meinung, dass eine Stellenaufstockung nicht nötig ist, da der Kanton bereits sehr viele Aufgaben im Bereich Natur- und Umweltschutz sowie der Energieplanung übernimmt. Unsere Bedenken sind auch, dass eine Stellenaufstockung weitere Verwaltungs- und Bürokratiearbeiten nach sich zieht. Unser Ziel ist, eine möglichst schlanke Verwaltung zu haben.

Die SVP-Fraktion ist für Eintreten auf den B+A Nr. 1535.

Die Stärke einer kommunalen Umweltschutzstelle sind Präsenz in der Verwaltung und Bürgernähe. Die Umweltbeauftragten in unserer Gemeinde müssen Generalisten sein, was Sie anhand der umfangreichen Aufgabenliste sehen können. Weil die Aufgaben so vielfältig ausfallen, ist ein breites Basiswissen nötig. Das Generalistentum, bei uns ist eine Person für die verschiedenen Aufgaben zuständig, stösst aber dort an seine Grenzen, wo neue komplexe Aufgaben an die Umweltstelle herankommen, wie z. B. das heutige Ausmass des Energiebereichs. Lange Jahre haben wir uns nach der Decke gestreckt und immer versucht, die anstehenden Aufgaben im bestehenden Pensum von 60 % zu erledigen. Bei den Eintreten habe ich festgestellt, dass von Ihnen zum Teil die Praktikumsstelle auch aufdotiert wurde, das ist aber nicht korrekt. Das wird in keinem Bereich der Verwaltung so gehandhabt und Praktikumsstellen sind in keinem offiziellen Stellenplan enthalten. Wir haben eine 60 %-Stelle im Natur- und Umweltschutz, die jetzt auf 110 % aufgestockt werden soll, plus eine Praktikumsstelle und das haben wir auch so dargestellt.

Teilweise haben Sie erfahren, dass in letzter Zeit die Ressourcen nicht mehr ausgereicht haben, indem die geforderten Berichte und Anträge nicht im erwarteten Zeitraum vorgelegt werden konnten. Neben dem gesetzlichen Auftrag und Vollzug, muss eine Umweltstelle aber auch in vielen anderen Bereichen aktiv sein, z.B. der Ökologie. Die Politik gibt der Verwaltung Aufträge nicht nur im direkten Sinn, sondern auch durch ihre Haltung. Die Werterhaltung der Umwelt und Natur auf dem Gemeindegebiet ist Ihnen allen nicht gleichgültig, sondern Sie fordern von der Verwaltung und speziell von der Umweltstelle, dass sie sich für diese Belange mit ihrer Fachkenntnis einsetzt. Das braucht Ressourcen und auch mit der Stellenaufstockung wird noch viel Wünschbares nicht erfüllt werden können.

Die Zusammenarbeit mit anderen Gemeinden wird gepflegt und viele Projekte laufen gemeinsam. Vor allem LuzernPlus bietet eine Plattform, die Handlungsoptionen aufzeigt und die Gemeinden unterstützt. Weiterführend kann dies zu verstärkter Zusammenarbeit in der Zukunft führen, vorstellbar ist sogar dereinst ein Kompetenzzentrum Energie, das durch alle Gemeinden betrieben wird. Bis aber eine solche Zusammenarbeit erarbeitet und aufgebaut ist, braucht es Zeit. Wir brauchen die Stellenaufstockung für die Aufgabenerfüllung aber schon heute. Deshalb bitte ich Sie, unseren Antrag zu unterstützen.

Ich möchte noch kurz auf die Massnahmen M31 bis M33 zurückkommen, die von der GPK erwähnt wurden. Unter M31, Kommunale Fachstelle Energie, heisst es, dass die Aufgabenerfüllung nur möglich ist, wenn genügend Ressourcen zur Verfügung stehen. M32, Koordination Energieplanung mit Nachbargemeinden, wie z.B. die Energieplanung für den Raum LuzernSüd, steht immer in Abhängigkeit mit M31, weil die Umweltstelle die Koordination begleiten muss und das benötigt Zeit. M33, das Controlling, ist das Monitoring über die verschiedenen Massnahmen, was natürlich auch wieder im Zusammenhang mit M31 steht, weil es Ressourcen benötigt.

Hermann Herren
(SVP)

Manuela Bernasconi
(CVP)

Sollten Sie heute zu einem Negativentscheid kommen, muss geschaut werden, was von der Energieplanung überhaupt umgesetzt werden kann. Wir haben Ihnen damals unsere energiepolitischen Ziele aufgezeigt und wenn wir diese erreichen möchten, müssen wir auch etwas dafür tun und mit dem energiepolitischen Programm haben wir das klar deklariert. Darum stehen die Massnahmen M31 bis M33 im Zusammenhang.

Noch kurz zum gesetzlichen Auftrag der Umweltschutzstelle, den wir haben, und der teilweise von Ihnen kommt. Wir haben ein Leitbild, das auch in der gesamten Ortsplanung immer wieder eine Rolle gespielt hat. Wichtig ist uns die Qualität der grünen Halbinsel, wir möchten wertvolle Natur- und Lebensräume schützen und vernetzen und ein Punkt aus dem Leitbild ist auch die Energiestadt.

Dann haben wir Legislaturziele, die Sie zur Kenntnis genommen haben, darin sind enthalten Vernetzungsprojekt, Sanierung Schiessanlage, Energiestadt, Energieplanung, energiepolitisches Programm.

Vom Kanton haben wir Vollzugsaufgaben, wie

- Umweltschutz: Lärm-/Luftverunreinigungen
- Heckenschutz, Uferbestockung
- Naturobjekte
- Parkschutzverordnung
- Naturschutzverordnung, Landschaftsschutz, Pflegebeiträge
- Umgebungspläne im Baubewilligungsverfahren
- Energiegesetz, Bestimmung Energiebeauftragter
- Landwirtschaft
- Fischerei, Jagd und Tierschutz
- Umwelt- Naturverordnungen, soweit sie uns betreffen: Riedschutz, Hochmoorschutz, Weiher

Ich hoffe, dass wir Ihnen aufzeigen konnten, dass Ressourcen notwendig sind. Es sind ganz klare Ziele dahinter, die bis anhin auch Sie gestützt haben.

Detailberatung

4.3 Praktikumsstelle

Darf man wissen, was der fachliche Hintergrund eines Praktikanten ist, der für die Stelle geeignet ist?

Markus Bider (CVP)

Häufig sind die Praktikanten Studienabgänger. Das kann aus den verschiedensten Bereichen sein, wie z.B. Umweltwissenschaften, aber auch Geografen oder Biologen kommen zu uns, die im Bereich von kommunaler Gemeindearbeit arbeiten möchten und so erste Berufserfahrungen sammeln können. Auch wir können von dem Wissen und dem Input der Praktikanten sehr profitieren.

Manuela Bernasconi (CVP)

Darf ich daraus schliessen, dass es einfach ist, qualifizierte Praktikumsanwärter zu finden?

Markus Bider (CVP)

Bis anhin haben wir immer jemanden gefunden. Aus Ressourcengründen (Rekrutierung, Einarbeitung) haben wir die Stelle auf ein Jahr ausgedehnt. Wir haben es auch häufig so gemacht, dass ein Praktikant gezielt an einem Projekt arbeiten kann. Im Energiebereich hat in der Vergangenheit jeder Praktikant und jede Praktikantin gearbeitet.

Manuela Bernasconi (CVP)

Wäre es möglich, die Praktikumsstelle auf zwei Jahre auszuweiten und Praktikanten übergreifend einzustellen?	Urs Rölli (FDP)
Bis anhin wurden die Praktikanten, auch aus finanziellen Gründen, nicht überschneidend angestellt.	Manuela Bernasconi (CVP)
Wie wäre es, wenn man das Praktikum auf zwei Jahre verlängert? Es hiess ja, die Person sei praktisch ein 3/4 Jahr nicht richtig einsetzbar, sondern nur die letzten 25 %.	Urs Rölli (FDP)
Eine Praktikumsstelle soll ein Sprungbrett sein und Berufserfahrung bringen, damit man nachher das Rüstzeug für eine neue Stelle hat. Die Praktikanten arbeiten zu einem kleinen Lohn und ob jemand für mehrere Jahre so günstig für die Gemeinde Horw arbeiten möchte, bezweifle ich. Ich glaube, das ist wirklich nicht die Lösung.	Manuela Bernasconi (CVP)
Ich finde es ein wenig speziell, dass wir jetzt anfangen zu versuchen, Lösungen zu finden mit Praktikumsstellen, die wenig kosten. Es gibt nicht nur die Währung Franken, sondern es gibt auch die Währung Qualität oder Nachwuchsförderung. Ich bitte Sie, da ein wenig breiter zu denken.	Hannes Koch (L2O)
Das Votum von Hannes Koch unterstütze ich gerne. Als Gemeinde bilden wir Lehrlinge aus und bieten Praktikumsstellen an, um unsere Ausbildungsverantwortung wahrzunehmen. Wir profitieren sehr viel von Praktikanten und auch von Lehrlingen.	Manuela Bernasconi (CVP)
Ich habe das Gefühl, dass da der missverständliche Eindruck entsteht, man könne mit Praktikanten allenfalls die 50 %-Stelle ersetzen oder mindestens mindern. Davor möchte ich wirklich warnen, denn für die neue Stelle wird eine vollkommen andere Person gesucht. Diese muss z.B. mit Investoren von Wärmeverbunden verhandeln und dafür ist es notwendig, dass das jemand Hochkarätiges ist, der auch über längere Jahre eine Kontinuität herstellen kann. Das wäre mit Praktikumsstellen überhaupt nicht denkbar.	Peter Bucher (L2O)
Zur Bemerkung der SVP, die gesagt hat, man könnte ja auch vermehrt dem Kanton solche Aufgaben anvertrauen, ist zu sagen, dass das völlig illusorisch ist. Handlungsfähig ist auf der konkreten Umsetzungsbasis immer nur die Gemeinde selber. Der Kanton kann zwar unterstützend wirken, aber er kann die Aufgaben nicht übernehmen.	
Herr Bucher hat offensichtlich Vorstellungen über das Profil eines Kandidaten, das halte ich für einen guten Ansatz. Diese Information fehlt mir im B+A. Es ist nicht erwähnt, welche Qualifikationen die Person, die man rekrutieren möchte, haben müsste. Ich weiss nicht, ob man sich dazu keine Gedanken gemacht hat oder ob uns diese vorenthalten werden.	Markus Bider (CVP)
Wir haben im Budget ganz klar ausgewiesen, was die 50 %-Stelle kosten wird. Das genaue Stellenprofil haben wir dem Einwohnerrat noch bei keiner Stelle bekanntgegeben. Das ist operativ und darum steht es nicht im B+A.	Manuela Bernasconi (CVP)
Kann ich daraus schliessen, dass Sie mit dem budgetierten Betrag eine Person mit den nötigen Qualifikationen rekrutieren können?	Markus Bider (CVP)
Ja.	Manuela Bernasconi (CVP)

11 Würdigung

Hannes Koch (LZO)

Beim Eintreten hat sich die SVP-Fraktion gegen die Stelle geäussert, aber leider in der Diskussion kein einziges Wort darüber verloren. Das bedauere ich sehr. Wir haben auch von der FDP-Fraktion eher negative Voten gehört, aber zum Glück sind die Voten auch zur Diskussion gekommen. Herzlichen Dank dafür. Ich möchte noch ein paar Worte für die Stelle ergreifen, denn schliesslich sind wir ein Parlament und es geht auch darum, darüber zu diskutieren anstatt am Schluss einfach dagegen zu stimmen.

Beim B+A wurde kritisiert, dass das Kosten-/Nutzenverhältnis nicht ersichtlich sei. Wir haben aber auch von Herrn Bucher gehört, dass das Zeit benötigt, es wichtig ist und es sich nicht nur harte Fakten handelt. Sie müssen auch anfangen, in anderen Währungen zu denken. Das fällt sicher nicht allen einfach, aber es gehört einfach dazu, speziell auch bei den Umweltschutzthemen.

Es ist auch wichtig, vorausschauend zu denken. Mit LuzernSüd wird eine grosse Entwicklung auf uns zukommen. Diese passiert zu einem grossen Teil von allein, aber wir als Gemeinde müssen auch schauen, dass das in geregelte Bahnen kommt. Da brauchen wir Unterstützung und es sind garantiert auch Umweltschutzthemen ein Bestandteil.

Beim Eintreten zum B+A Nr. 1514 hat Herr Eberhard gesagt, dass der Energieplan nicht nur viel Papier und Statistiken sein soll, sondern dass er gezielt dazu beitragen soll, konkrete Lösungen und Massnahmen umzusetzen. Das bedeutet, dass wir Leute benötigen, die das umsetzen. Auch Herr Eichmann hat gesagt, dass der CVP-Fraktion am Herzen liegt, dass die erarbeiteten Grundlagen von dem Bericht und Antrag auch nutzbringend und effizient in die Praxis umgesetzt werden können. Ich bitte Sie deshalb darum, dass das auch geschehen kann.

Wir haben die beantragte Aufstockung der Umweltschutzfachstelle in der Fraktion sehr kontrovers diskutiert. Wir sehen die viele Arbeit, wir sehen aber auch Punkte, bei denen wir der Meinung sind, dass diese mit interner Effizienzsteigerung aufgefangen werden können. Auch die gesetzlichen Grundlagen, die der Bundes- und Kantonsgesetzgeber in den letzten Jahren geschaffen hat, das sind massenhaft Verordnungen - nur, ob die zur Anwendung kommen, entscheidet immer der Einzelfall. Es muss z.B. eine Reklamation wegen einer Hecke kommen, es muss mal wieder ein Weiher saniert werden oder es muss irgendein Jagdunfall geschehen, damit die Umweltschutzfachstelle auch einen Auftrag hat. Das Aufgabenblatt im Anhang ist sehr viel Papier und ob es in der Praxis umgesetzt wird, wird entschieden, wenn der Fall in der Praxis eintritt. Wir sind der Meinung, dass ein Praktikant, auch wenn er bei der Verwaltung bei der Budgetdebatte separat gerechnet wird, auch eine Arbeitskraft ist. Gleich wie einen juristischen Mitarbeiter sollte man den nicht auf 0 % Arbeitskraft setzen, sondern dieser ergänzt ja die Stelle. Darum sind wir der Meinung, dass jetzt im Moment das Pensum noch ausreicht.

Reto von Glutz (SVP)

Zu LuzernSüd möchte ich bemerken, dass die Gemeinde zwar auch ein wenig in dem Gebiet liegt, aber doch nur am Rand. Die ersten Projekte gehen im Eichhof West und im Nidfeld los, das ist erfreulich, aber die Gemeinde Horw ist noch nicht davon betroffen und dadurch ist es für mich kein Argument, die Umweltschutzstelle wegen LuzernSüd aufzustocken. Wir können gerne zu einem späteren Zeitpunkt darüber sprechen, im Moment lehnen wir eine Stellenaufstockung aber ab.

Im Anschluss an Hannes Koch finde ich es schön, dass Sie von der SVP-Seite noch in die Diskussion einsteigen. Vielleicht ist es eine Auffassungsaufgabe, aber die von Ihnen erwähnten Beispiele, von denen Sie sagen, was die Aufgabe von so einer Stelle ist, da habe ich eine andere Erwartung. Ich erwarte als Einwohnerin und Steuerzahlerin der Gemeinde, dass nicht ich die verantwortliche Stelle auf irgendwelche Missstände hinweisen muss. Ich würde begrüßen, wenn ich meinen eigenen Job machen kann und die Verwaltung ihren Job macht und dass man sich darauf verlassen kann, dass so Sachen gesehen werden und nicht ich als Bürger die Aufgabe auch noch erfüllen muss.

Nathalie Portmann (L20)

Die Umweltschutzstelle ist eine Dienstleistung der Gemeinde, wo die Anliegen behandelt werden können und da wissen wir, dass das zum Teil nicht möglich war. Zu LuzernSüd ist zum Votum von Herrn von Glutz zu sagen, dass es ein schlechtes Argument ist zu sagen, dass wir jetzt nichts machen, weil es noch nicht so weit ist. Die Entwicklung ist aber da, wir können "horw mitte" anführen, wir können überhaupt die Entwicklung von Horw erwähnen. Diese zeigt sich an verschiedenen Orten sehr stark und wenn wir wieder an die Frankenwährung denken, sehen wir, dass wir auch sehr viele Einnahmen haben. Das führt sogar dazu, dass die SVP auch sagt, wir können die Steuern senken. Es gibt in der Gemeinde eine Entwicklung und es ist wichtig, dass wir dieser auch gerecht werden. Ich möchte noch auf Ihr Flugblatt hinweisen, in dem Sie ja auch die Standortattraktivität der Gemeinde Horw sehr in den Vordergrund stellen und das ist auch nicht nur mit Franken zu gewährleisten.

Hannes Koch (L20)

Herr von Glutz, Sie waren auch an der GPK-Sitzung anwesend, an der Frau Bessire erklärt hat, dass LuzernSüd sie sehr viel Zeit kostet. Wenn man das nicht glaubt, muss man das in dem Gremium, also an der GPK-Sitzung hinterfragen.

Jürg Biese (FDP)

Wir haben unter Punkt 2 vom B+A die Geschichte der Natur- und Umweltschutzstelle aufgezeigt, dass wir jetzt seit 2001 eine 60 %-Stelle haben. Der Gemeinderat hat genau immer das gemacht, was wir von SVP-Fraktion gehört haben, und zwar, dass es mit der internen Effizienz bewältigt werden musste. Jetzt sehen wir, dass die Aufgaben so nicht mehr zu bewältigen sind und benötigen die Stellenaufstockung.

Manuela Bernasconi (CVP)

Wie schon von der GPK erwähnt, fehlt mir auch die Aufstellung, was effektiv zwingend ein Muss ist oder was Priorität 2 oder 3 hat. Das ist im B+A nicht ersichtlich. Eine Velobörse ist z.B. kein Muss bzw. für eine Velobörse hat man auch eine gemeinderätliche Kommission, die dort auch aktiv mitmacht.

Urs Röllli (FDP)

Wir haben die Auflistung der Aufgaben der Natur- und Umweltschutzstelle und wir haben jetzt eine 60 %-Stelle, die offenbar nicht ausreicht. Es ist aber bisher nicht gelungen herauszufinden, wie der Gemeinderat bisher die Prioritäten gesetzt hat. Wenn man zu wenig Ressourcen hat, muss man ja Prioritäten setzen, damit die Mitarbeitenden wissen, wo die Politik und die Leitung die Prioritäten gerne hätten. Mein Eindruck ist, dass man von allem ein wenig gemacht hat, einfach alles ein wenig zu spät, aber die Prioritätensetzung, und das geht in die Richtung, was Herr Röllli angesprochen hat, was gemacht werden muss und was gemacht werden kann, die vermisse ich. Uns wird einfach gesagt, es gebe eine Überlastung, das mag sein, aber vielleicht hat die Überlastung mit einer ungenügenden Prioritätensetzung der Vorgesetzten zu tun und das ist ein Eindruck, der sich aufdrängt, wenn man die Diskussion verfolgt und das Votum von Herrn Röllli auch noch mitberücksichtigt.

Markus Bider (CVP)

Gemäss Organigramm ist die Natur- und Umweltschutzstelle direkt dem zuständigen Gemeinderat unterstellt, d.h. der Rapport erfolgt direkt mit mir. Wir schauen die Aufgaben an und setzen miteinander Prioritäten, weil das Pensum nicht ausreicht. Aber Ihnen zu sagen, was wir wie gewichten, dann müsste ich Ihnen jeden Rapport darlegen. Das sind Aufgaben und Anfragen von aussen, bei denen wir schauen müssen, wie wir sie bewältigen können. Berichte und Anträge und die Energieplanung sind in einer Jahresplanung mit Zielen und wir haben Gespräche, in denen die Ziele gesetzt werden. Die Natur- und Umweltschutzstelle ist eine geführte Stelle und auch selber hat die Stelleninhaberin die Kompetenz, ihre Prioritäten zu setzen und das mit der zuständigen Gemeinderätin zu besprechen.

Manuela Bernasconi (CVP)

Die Diskussion zeigt eine grundsätzliche organisatorische Problematik auf und sie zeigt auch ein wenig die Selbstwahrnehmung von der Funktion des Parlamentes auf. Ein gewisses Vertrauen in unsere Exekutive muss man haben und wenn man das nicht hat und jeden Rappen umkehren möchte, wird es schwierig.

Peter Bucher (LZO)

Auch aus unserer Sicht haben die Berichte und Anträge Mängel, sind nicht überall ganz transparent und man könnte sie sicher verbessern. Aber es ist auch eine Ökonomie der Verwaltung, dass wir als Parlament nicht jedes Mal umfangreichste top ausgeführte und ausgearbeitete Dokumente verlangen. Das blockiert unsere Exekutive vollständig, sie kann gar nicht mehr handeln, denn sie muss nur noch B+As schreiben.

Ich möchte keine Arbeit hinterfragen, ich möchte nur sagen, vorhin haben wir das energiepolitische Programm beschlossen und darin ist auf x Folien die Natur- und Umweltschutzstelle als zuständige Stelle aufgeführt. Das ist genau das, was ich hinterfragt habe. Der Natur- und Umweltschutz wird anhand vom energiepolitischen Programm so richtig mit Arbeit "befuttert" und x verschiedenen Jobs, von denen wir uns nicht ganz einig sind, ob das wirklich nötig ist. Es ist viel Gummi und Luft enthalten, was man streichen kann. Wir konnten das energiepolitische Programm nur zur Kenntnis nehmen und konnten nicht sagen, dass wir z.B. bei Folie 3 dagegen und bei Folie 4 dafür sind. Die aufgeführten Massnahmen enthalten Arbeiten, die vermutlich nicht alle gemacht werden müssen und von denen man einige wieder herunterfahren könnte. Ich bin auch für Umweltschutz, aber ich bin der Meinung, dass alles auch irgendwo einen Punkt hat und man nicht nur immer heraufahren kann.

Ruth Strässle-Erismann (FDP)

Wenn wir zur Abstimmung kommen, stelle ich einen Ablehnungsantrag aus dem Grund, weil ich schlicht, wenn ich das lese, nicht überzeugt bin, dass man schon Massnahmen getroffen hat im Hinblick auf die Organisation, im Hinblick auf die Verantwortlichkeiten, im Hinblick auf die Aufgabenzuteilungen. Es kann z.B. nicht sein, dass so eine Fachstelle die Aufgabe hat, jede Baubewilligung auf umwelttechnische Aspekte zu überprüfen. In 80 % der Baubewilligungen ist es wahrscheinlich kein Thema, es muss eine Fachstelle im Bauamt die Baubewilligungen prüfen und sicherstellen, dass dort, wo es ein Thema ist, die Natur- und Umweltschutzstelle einbezogen wird.

Thomas Zemp (CVP)

Ich bin der Meinung, dass das Schaffen von Teilzeitpensen ein völliger Effizienzkiller ist. Ich bin nicht dagegen, dass die Stelle aufgestockt wird. Vielleicht nicht auf 110 %, sondern vielleicht auf 70, 80 oder 90 %. Wenn Sie schauen, was jetzt hier an unproduktiver Arbeit hineingebaut wird: Die Stelle hat einen Führungsrapport mit der zuständigen Gemeinderätin, die Stelle hat nachher einen Rapport mit dem Mitarbeitenden, den sie führen muss und nachher gibt es wahrscheinlich noch ein Teammeeting, das ist einfach alles ineffizient. Wenn man effizient sein will, muss man in dem Bereich die Stellenprozente, die geschaffen werden, auf eine Person verteilen. Allein schon der organisatorische Ansatz zeigt mir, dass sich dazu offenbar noch keine Gedanken gemacht wurden und ich sehe da noch Potenzial.

Wir müssen trennen, was Sache der Stelle selber ist und wie sie geführt wird und dem Rat, der die Mittel dafür spricht. Wir haben auch schon über das Kirchfeld diskutiert, wo der Antrag für die Möglichkeit auf weniger Prozente pro Stelle kam und jetzt sagen Sie, Herr Zemp, hier sei es nicht effizient. Es ist nicht Sache des Einwohnerrates, das zu beurteilen. Wir müssen die Sicherheit und schlussendlich das Vertrauen haben, dass die Stelle mit ihren Ressourcen, die wir zur Verfügung stellen, richtig arbeitet.

Hannes Koch (L20)

Mit der Stellaufstockung erhalten wir die Chance, eine Stelle auszuschreiben, die die Kompetenz der Energie bündelt, damit wir da gut abgedeckt sind und die Effizienz, die Sie so vehement fordern, auch im Energiebereich haben. Dann können wieder Ressourcen bei der jetzigen Stelle mit dem breiten Spektrum gebündelt werden. Zugleich haben wir dann auch die Stellvertreterfunktion, die dann viel besser gelöst werden kann als heute.

Manuela Bernasconi (CVP)

Anhang 1

Kann man zum Bereich Energie Aussagen machen, wie viele Stellenprozente das in etwa sind und wie die Aufteilung der einzelnen Aufgaben ist?

Urs Manser (CVP)

Das wurde unter Punkt 5 im B+A aufgezeigt und Sie können sehen, dass der Bereich zugenommen hat. In einem Jahr, in dem ein Audit stattfindet, ist das eher höher und wir haben 2013/14 auch gerade die Energieplanung gemacht und dadurch ist der Energieanteil auch gestiegen. Wir haben im B+A geschrieben, dass er sogar um bis zu 40 % zugenommen hat. Ich gehe davon aus, dass das im Bereich vom 40 %-Pensum liegt, was die ganze Energie beinhaltet.

Manuela Bernasconi (CVP)

Ich habe eine Frage zum Punkt Öffentlichkeitsarbeit. Da steht unter anderem, dass ein Grossteil der Öffentlichkeitsarbeit über den Praktikanten abgedeckt wird. Ich frage mich, wie Sie sich das vorstellen. Öffentlichkeitsarbeit ist das Marketing der Gemeinde und das kann kein Praktikant machen, sondern das muss ein Fachmann sein. Es kann ja nicht sein, dass ein Praktikant das Marketing für die Gemeinde macht, ausser wir verstehen etwas falsch unter dem Begriff Praktikant. Für mich ist das jemand, der in der Lernphase steht.

Jörg Conrad (SVP)

Erstens sind die Praktikanten bei der Natur- und Umweltschutzstelle auch ausgebildete Leute. Es ist nicht so, dass das gleich wie bei einem Lehrling ist, sondern die haben ein Studium abgeschlossen, aber unter Umständen noch keine Berufserfahrung. Sie haben vielleicht Erfahrungen aus anderen Berufen, denn häufig ist es auch der zweite Bildungsweg.

Manuela Bernasconi (CVP)

Zweitens muss man auch einen Öffentlichkeitsanlass, wie z.B. den Anlass "Tage der Sonne" vorbereiten und das liegt durchaus in der Kompetenz eines Praktikanten. Auch das Schreiben eines Artikels für den Blickpunkt kann durch den Praktikanten erfolgen.

Ist es richtig, dass jährlich ein Praktikant neu eingestellt wird und eingearbeitet werden muss?

Jörg Conrad (SVP)

Ja, früher wurde das sogar halbjährlich gemacht und aus Ressourcengründen haben wir jetzt Praktikumsstellen für ein Jahr.

Manuela Bernasconi (CVP)

Abstimmung:

Mit 14:12 Stimmen, bei 1 Enthaltung, wird die Natur- und Umweltschutzstelle um 50 % auf 110 Stellenprozente aufgestockt.

Roland Bühlmann (SVP)

5. Fragestunde

6. Bericht und Antrag Nr. 1534 Planungsbericht Solaranlagen auf Dächern gemeindeeigener Bauten

Eintreten GPK

Dieser B+A ist die Folge und Beantwortung des Postulates Nr. 641/2013 von Peter Bucher. Zum Zeitpunkt der Beratung hatte die GPK Kenntnis, dass der Postulant mit den Folgerungen aus diesem Planungsbericht einverstanden ist.

Die GPK nahm zur Kenntnis, dass der B+A auf teilweise veralteten Grundlagen beruht, was den Stand der öffentlichen Förderprogramme betrifft. Die im B+A erwähnten möglichen Erträge sind daher aus heutiger Sicht überholt. Auf die Klärung einiger aufgrund der Unterlagen nicht nachvollziehbarer Details hat die GPK verzichtet. Dennoch gibt der B+A Hinweise über das theoretische Photovoltaikpotenzial dieser Dächer und bietet so eine gewisse Orientierungslinie.

Neue Projekte werden mit diesem B+A keine bewilligt. Allfällige, über die bereits genehmigten Anlagen hinausgehenden Projekte werden als separate B+A oder Teile davon in Zukunft dem Parlament vorgelegt.

Wir sind einstimmig für Eintreten zustimmende Kenntnisnahme des Planungsberichtes sowie die Abschreibung des Postulates Nr. 641/2013.

Eintreten BVK

Der Planungsbericht erfüllt das Postulat, das von mir und 13 Mitunterzeichnenden im Januar 2013 eingereicht wurde. Wir danken dem Gemeinderat für die ausführliche, wenn auch nicht ganz schnelle Berichterstattung.

Die Idee dieses Postulats ist aus der Streichung der Förderung von privaten Photovoltaikanlagen hervorgegangen. Damit verbunden war die Frage, wie diese Mittel wirkungsvoller zur Förderung von Solarstrom eingesetzt werden können.

Der Planungsbericht zeigt Folgendes auf:

- Es ist – soweit absehbar – finanziell rentabel, wenn die Gemeinde mit eigenen Mitteln und für den Eigengebrauch auf den grossen, gut geeigneten Dächern gemeindeeigener Gebäude Photovoltaikanlagen installiert.
- Auf insgesamt 10 Gebäuden der Gemeinde können Anlagen mit einer Fläche von 5'800 m² installiert werden, die zusammen fast 500 MWh Strom pro Jahr produzieren. Das sind immerhin ca. 20 % des Stromverbrauchs aller Wärmepumpen in der Gemeinde.
- Die Gemeinde setzt damit ein Zeichen für private Besitzer von Gebäuden, mit geeigneten Dachflächen ebenfalls solche Anlagen zu installieren.

500 MWh entsprechen ungefähr einem Gegenwert von 100'000 Franken bei Unterhaltskosten von geschätzten 27'000 Franken und Investitionen von 1,5 Mio. Franken. Wir sind gespannt, wie die praktischen Erfahrungen mit diesen Investitionen sind. Wie jede langfristige Investition, lässt sich heute nicht abschliessend sicher beurteilen, ob es sich rein finanziell lohnen wird oder nicht. Man kann aber sicher sagen, dass es sich im

Markus Bider (CVP)

Peter Bucher (LZO)

Hinblick auf die energiepolitischen Ziele von einer möglichst nachhaltigen und auch lokal verankerten Energieversorgung lohnt.

Die Bau- und Verkehrskommission ist einstimmig für zustimmende Kenntnisnahme und dafür, das Postulat als erledigt abzuschreiben.

Eintreten CVP

Mit dem vorliegenden Planungsbericht hat der Gemeinderat eine ältere Pendeuz erledigt. Obwohl das Schriftstück als Planungsbericht bezeichnet ist, zeigt es weder eine zukunftsorientierte Planung noch eine Strategie auf. Als positiven Punkt sehen wir das aufgezeigte Potenzial, das durchaus beim einen oder anderen Standort bzw. Dach vorhanden wäre und dem Gemeinderat sicher einen Anstoss gibt, dem Einwohnerrat weitere Solarprojekte zu unterbreiten.

Die CVP-Fraktion ist einstimmig für Eintreten und Kenntnisnahme.

Roger Eichmann
(CVP)

Eintreten L2O

Solarstrom stellt ein wichtiges Standbein im Blick auf die Energiewende dar. Es wurden bereits Projekte umgesetzt und weitere sind Planung. Wenn wir aber sehen, wie gross das Potenzial ist, nachzulesen unter Punkt 3.2, so wünschen wir uns mehr Projekte, die in naher Zukunft umgesetzt werden.

Wir konnten beim Studium der Unterlagen eine erfreuliche Entwicklung feststellen. Einerseits in Richtung der Selbstfinanzierung der Photovoltaikanlagen und andererseits in Richtung Direktnutzung vom Strom, ohne Umwege über die Kasse der CKW. Langfristiges und nachhaltiges Denken macht Freude und darum sind wir für Eintreten und zustimmende Kenntnisnahme.

Caroline Wiezel (L2O)

Eintreten FDP

Der vorliegende B+A ist eine Folge vom Postulat vom Herrn Peter Bucher vom 25. Januar 2013. Das Postulat hat Fragen gestellt, die wiederum eine Studie der CKWconex erfordert hat. Es hat die FDP-Fraktion erstaunt, dass der B+A, basierend auf der Studie vom 16. Juli 2013, erst am 27. November 2014 fertiggestellt und dem Parlament unterbreitet werden konnte. In der Zwischenzeit sind nämlich für das Gemeindehaus, das Oberstufenschulhaus sowie das Schulhaus Spitz separate Berichte und Anträge für das Erstellen von einer Photovoltaikanlage eingereicht und vom Einwohnerrat genehmigt worden.

Der heute vorliegende B+A bezieht sich immerhin nicht nur auf die Schulhausdächer sowie das Förderprojekt der CKW, sondern auch auf alle Dächer von Gebäuden, die sich im Eigentum der Gemeinde befinden. Diese Ausweitung zu einem sog. Solarkataster, wie es ihn im Übrigen auch für alle Gebäude in der Gemeinde gibt, ist sehr sinnvoll und aufschlussreich.

Der Kernpunkt vom B+A ist die qualitative Beurteilung, welche Dächer der gemeindeeigenen Bauten für Solaranlagen am besten geeignet sind und was sie bringen, also wie gross das Potenzial von diesen Dächern ist. Dabei haben insbesondere die Materialien sowie die Ausrichtung der untersuchten Dächer einen entscheidenden Einfluss. Selbstverständlich wird das Potenzial durch die Investitionskosten sowie die Unterhaltskosten geschmälert.

Die Kosten respektive die Finanzierung dieser Anlagen spielt verständlicherweise eine mitentscheidende Rolle. Die Contracting-Variante ist unbestritten eine Low-Risk-Variante. Weil der Contracting-Partner jedoch die Investitionen vorausfinanziert und die damit verbundenen Kosten finanziert haben will, lohnt sich diese Variante für eine Gemeinde

Jürg Biese (FDP)

mit gesunder Gemeindekasse kaum, auch wenn der Preis in diesem Falle festgelegt und damit kalkulierbar ist.

Die Varianten mit den Förderkonzepten – sei es die kostendeckende Einspeisevergütung KEV oder die Einmalvergütung EIV – sind abhängig vom Markt und der grossen Nachfrage. Die Folge ist, dass heute derart viele Gesuche aufliegen, dass etliche Gemeinden diese schon gar nicht mehr behandeln können und Wartelisten eröffnet werden mussten. In diesem Falle könnte man sich mit der Einmalvergütung begnügen, die aber nur rund ein Drittel der Kosten abdeckt. Auch diese Variante ist für Gemeinden, die finanziell gut dastehen, in der Regel nicht die wirtschaftlichste.

Die Variante Selbstfinanzierung ist zwar am kapitalintensivsten, aber sie ermöglicht nach der Erstellung der Anlagen und dank den eingesparten Stromkosten das grösste Einsparpotenzial und eine rasche Amortisation. Darum ist dieses Finanzierungsmodell sehr oft das attraktivste, obwohl dies nicht verbindlich für alle Projekte gesagt werden kann.

Die FDP-Fraktion begrüsst es, dass die Gemeinde Horw als Energiestadt diese vorliegende Potenzial-Analyse durchgeführt hat. So geht sie mit gutem Beispiel voran und vermag auch die Bevölkerung für Solaranlagen zu mobilisieren und sensibilisieren. Die FDP hätte sich noch eine Übersicht über die möglichen kommenden Projekte mit Priorisierung gewünscht. Auf der anderen Seite ist es verständlich, dass die Projekte vom Grundsatz her dann angepackt werden, wenn man eine Sanierung von einer Anlage oder von einem Gebäude plant.

Der langen Rede kurzer Sinn: Die FDP ist für Eintreten und zustimmende Kenntnisnahme des vorliegenden Planungsberichtes. Sie ist zudem bereit, das Postulat Nr. 641/2013 von Herrn Peter Bucher als erledigt abzuschreiben.

Eintreten SVP

Die SVP hat einen detaillierten Planungsbericht über Solaranlagen diskutiert. Der Gemeinderat ist damit über die vom Postulanten geforderten Abklärungen über Solaranlagen auf Schulhäusern hinausgegangen und hat die Liste von potenziellen Solargebäuden um diverse Bauten ergänzt. Das Potenzial ist nach unserer Auffassung aber einseitig überprüft worden, z.B. beschränkt auf Eignung (S. 4) und nicht auch auf Alter und Zustand der Gebäude oder auf eine andere Nutzungsart. Mit einem konkreten Projekt wird die zuständige Behörde jedenfalls nochmals aktuelle Werte ermitteln und vorlegen müssen, denn die im Planungsbericht angegebenen Zahlen der CKW sind veraltet. Neben der fehlenden Aktualität nehmen wir auch die blossen Kostenschätzungen zur Kenntnis. Die Kosten und das Finanzierungsmodell müssen dann in jedem Einzelfall und gestützt auf aktuelle Werte genau abgeklärt werden. Die SVP ist für Eintreten auf den Planungsbericht und wird die Anträge unterstützen.

Dieser Bericht und Antrag, der zurückgeht auf ein Postulat, blieb aus Ressourcengründen sehr lange eine Pendeuz. Er wurde von einer Praktikantin bearbeitet und nach ihrem Weggang konnte daran nicht mehr weitergearbeitet werden. Bei Wiederaufnahme der Pendeuz hat sich gezeigt, dass sich einiges bereits wieder verändert hat. Trotzdem haben wir uns entschlossen, Ihnen den B+A vorzulegen. Die Absicht des Postulats war ja, das Potenzial zu kennen. In der Zwischenzeit haben Sie auch schon mehreren Projekten zugestimmt und uns damit in unserer Strategie unterstützt, wo möglich und sinnvoll Solaranlagen zu erstellen und damit unseren Beitrag zu leisten und die Vorbildfunktion wahrzunehmen.

Reto von Glutz (SVP)

Manuela Bernasconi
(CVP)

Detailberatung

Keine Anmerkungen

Roland Bühlmann
(SVP)

Abstimmung:

1. Der Planungsbericht "Solaranlagen auf Schulhäusern" wird einstimmig zustimmend zur Kenntnis genommen.
2. Das Postulat Nr. 641/2013 von Peter Bucher, L2O, und Mitunterzeichnenden: Solaranlagen auf Schulhäusern, wird einstimmig als erledigt abgeschrieben.

Gesamtabstimmung:

Der Bericht und Nr. 1534, Planungsbericht Solaranlagen auf Dächern gemeinde-eigener Bauten, wird einstimmig zur Kenntnis genommen.

7. Motion Nr. 283/2014 von Urs Rölly, FDP, und Mitunterzeichnenden: Planungsbericht zur Erarbeitung „Masterplan Gemeindeinfrastrukturanlagen in der Gemeinde Horw“

Wie der umfangreichen Analyse vom 9. Januar 2015 zur Motion Nr. 283/2014 zu entnehmen ist, hat man bei der Gemeinde Horw offene Türen eingerannt, denn viele Punkte sind bereits angegangen worden. Der Gemeinderat hat viele Punkte der Motion bearbeitet und teilweise schon umgesetzt. So sind z.B. ganz neu im Januar 2015 im Internet unter www.horw.ch die Räume detailliert aufgelistet vorgefunden worden auch mit Beschrieb und Details, teilweise mit Foto und auch zum Teil mit Belegungsplänen. Ideal wäre sicher noch eine Gesamtübersicht, wo sich die Räume in der Gemeinde Horw befinden. Diesbezüglich möchte ich dem Gemeinderat und den zuständigen Mitarbeitenden für die gute Arbeit danken.

Urs Rölly (FDP)

Ich erachte es aber trotzdem als sinnvoll, wenn man die Motion mindestens teilweise überweist. Somit ist die Absicht des Gemeinderates gewährleistet, dass er dem Einwohnerrat über den Erfüllungsgrad entsprechend informieren kann. Ich wäre diesbezüglich auch bereit, über die Punkte, die in dem Papier vorliegen, auf S. 3, z.B. die Übersicht der Schränke und auch die detaillierte Kostenanalyse, obwohl m.E. beides sinnvoll wäre, zu verzichten. Es ist auch so, dass es am 11. Januar eine Rückmeldung der Pfadi Horw gab, u.a. auf das Postulat von Herrn Koch, dass sie über die Strategie verwundert sind und es für die Pfadi ein Rückschritt wäre, was die Gemeinde ihnen vorschlägt. Auch aus dem Grund erachte ich es als sinnvoll, dass man die Motion als Teilüberweisung entgegennimmt.

Die diversen Anliegen des Motionärs sind zum grossen Teil berechtigt und trotzdem beantragt Ihnen der Gemeinderat, die Motion aus folgenden Gründen nicht zu überweisen:

Robert Odermatt
(SVP)

1. Ein Teil der Anliegen ist bereits erfüllt. So werden die verfügbaren öffentlichen Räume der Gemeinde, aber auch die öffentlichen Räume von Privaten, soweit der Gemeinde bekannt und wir dazu berechtigt sind, publiziert. Falls notwendig, werden wir unsere Homepage in dem Punkt noch aktualisieren.
2. Ein anderer Teil der Forderungen ist mit der Immobilienstrategie in Bearbeitung, die Ihnen dieses Jahr vorgelegt wird. Nach Vorliegen der Immobilienstrategie haben Sie dann immer noch die Möglichkeit, Forderungen zu stellen, wenn etwas fehlen sollte oder etwas zu wenig vertieft behandelt wurde.

3. Ein Teil der Anliegen, nämlich die Abklärung für Möglichkeiten bezüglich Räumlichkeiten für Horwer Jugendverbände gemäss dem Postulat von Hannes Koch, ist in der Schlussphase der Bearbeitung. Es ist jetzt noch ein Gespräch mit einem Verein offen, anschliessend kommt dann das Ganze auf meinen Tisch, um Entscheidungen zu fällen. Mit dem B+A „Verzeichnis der unerledigten Geschäfte“ wird Ihnen auch dazu Rechenschaft abgeliefert.
4. Ein weiterer Teil der Forderung, die effektive Bewertung von allen Liegenschaften, muss in den nächsten zwei bis drei Jahren gemacht werden, nämlich bei der Umstellung auf HRM2. Die notwendigen Vorgaben vom Kanton sind jedoch noch nicht ausgearbeitet und liegen und daher auch nicht vor. Nach Ansicht des Gemeinderates bringt es nichts, eine Arbeit anzufangen, ohne die genauen Vorgaben zu kennen.
5. Bei einem kleinen Teil der Forderungen ist der Gemeinderat der Meinung, dass es nicht nötig und sinnvoll ist, daran zu arbeiten. Als vorgesetzte Behörde befassen Sie sich mit strategischen Anliegen. Wenn es zum Beispiel um ein Anliegen für einen Schrank für einen Verein geht, haben wir auf der Verwaltung kompetente Mitarbeitende, die bei einem konkreten Anliegen gerne behilflich sind und nach Lösungen suchen.

Da die Motion sehr vielschichtig ist, haben wir Ihnen im Vorfeld ein entsprechendes Papier zukommen lassen. Wir sind auf die Anliegen vom Motionär eingegangen und haben die Stellungnahmen vom Gemeinderat aufgeführt. Das Papier soll Ihnen als Entscheidungsgrundlage dienen. An dieser Stelle möchte ich Markus Bider und Ueli Nussbaum danken, dass sie das Geschäft in ihren Kommissionen traktandiert haben und der Leiter Immobilien die Gelegenheit hatte, seine Sichtweise einzubringen.

Aufgrund der dargelegten Gründe empfiehlt Ihnen der Gemeinderat, die Motion nicht zu überweisen. Selbstverständlich entscheiden Sie als unsere Vorgesetzte und selbstverständlich akzeptiert der Gemeinderat Ihre Entscheidung so, wie Sie sie fällen werden.

Ich glaube, eine Teilüberweisung bringt nichts, denn die Sachen werden erledigt, sind in der Pipeline und ich sehe wirklich nicht ein, was man noch teilüberweisen sollte. Wenn die Immobilienstrategie vorliegt oder wenn die Bearbeitung aus dem Postulat neue Fragen aufwirft ist es immer noch jederzeit möglich, dass Sie einen Vorstoss unterbreiten können. Ich bitte Sie, die Motion nicht zu überweisen.

Es ist richtig, vier von acht Positionen auf S. 3 sind erledigt und bei denen bin ich auch bereit, in Form einer Teilüberweisung darauf zu verzichten. Mit dem B+A der unerledigten Geschäfte wird Rechenschaft abgelegt und das ist auch der Grund aus dem ich finde, dass eine Teilüberweisung gerechtfertigt ist. Man hat dann eine gute Übersicht und kann es dann dieses Jahr oder schlussendlich nächstes Jahr abschreiben, wenn man sieht, dass es wirklich weitergeführt und erledigt wurde.

Urs Rölly (FDP)

Für die CVP ist die Stossrichtung der Motion absolut verständlich, im Detail sind aber die Fragen der Motion nur schwer fassbar.

Die CVP spricht sich gegen die Überweisung der Motion aus. Folgende Begründung dazu:

- Die meisten Informationen sind für uns in bereits genügender Detaillierung verfügbar respektive werden mit der Beantwortung des Postulates 653/2014 erwartet.
- Die Motion ist in ihren Forderungen in mehreren Punkten unklar:
 - Es wird ein Übersichtsplan der vorhandenen Infrastruktur in der Gemeinde gefordert. Das würde also eine Karte bedeuten, auf der die Räume eingezeichnet sind, notabene öffentliche und privat mietbare Räume.

Thomas Zemp (CVP)

- Was wird unter privat mietbaren Räumen verstanden? Grundsätzlich fallen darunter alle Mietobjekte (Garagen, Lagerhallen, Zimmer, Wohnungen etc.) Ist das die Meinung des Motionärs, oder wo sieht er Abgrenzung?
 - Es wird ein Belegungsplan gefordert von Gebäuden, Räumen, Turnhallen, Sportplätzen, Sitzungszimmern. Was versteht man unter dem Belegungsplan einer Verwaltungsliegenschaft im Unterschied zum Belegungsplan eines Raumes? Unter dem ersten würde ich verstehen, welche Abteilungen oder Organisationen welchen Platz im Gebäude belegen. Unter zweitem würde ich verstehen, wann und wie oft der Raum tatsächlich genutzt wird.
 - Über welche Zeitperiode sind die Belegungspläne gefordert? 2014, 2013 oder sind es die Reservationen für 2015?
 - Bei den Lagerräumen und Schränken wird die Ist-Belegung verlangt: Ist damit gemeint, zu wieviel Prozent die einzelnen Räume genutzt sind? Flächenmässig, Volumenmässig?
 - Was versteht man unter einer Kostenanalyse der Räume? Geht es hier um die Kosten, die den Kunden in Rechnung gestellt werden oder geht es um die effektiven Kosten, mit denen der Raum die Gemeinderechnung belastet?
- Der aus unserer Sicht eher geringe Mehrwert an Informationen rechtfertigt die geschätzten Umsetzungskosten, die uns Herr Odermatt noch mitteilen muss, nicht. Ich habe gehört es würde rund 50'000 Franken kosten, aber auch wenn es nur die Hälfte wäre, ist es den Aufwand nicht wert. Darum sind wir gegen eine Überweisung und auch gegen eine teilweise Überweisung der Motion.

Ich würde vorschlagen, dass der Motionär angesichts der Ausgangslage und der Dokumentation vom Gemeinderat die Motion zurückzieht.

Zum Votum von Herrn Zemp möchte ich präzisieren, dass Mieträume z.B. Räume vom Pfarreizentrum oder der Zwischenbühne sein können, wie auch in der Motion erwähnt. Bei der Gemeinde/Verwaltung gibt es z.B. die Büros im Werkhof, die man fremdvermieten kann. Jetzt hat die Polizei die Räume bezogen, sie standen aber eine Zeitlang leer. Der Belegungsplan ist sogar schon umgesetzt. Damit ist aktuelle Belegung gemeint bzw. was noch frei ist, wenn jemand einen Raum reservieren möchte.

Ich würde gerne über eine Teilüberweisung abstimmen.

Bei meinem Votum habe ich nicht gesagt, welche Kosten wir bei einer Umsetzung erwarten würden. Wir haben in unseren Arbeitspapieren aufgeführt, dass wir beim Punkt 4 mit 75'000 Franken rechnen und beim Punkt 5 sind es rund 30'000 Franken, also insgesamt rund 100'000 Franken. Bei einer Teilüberweisung wird sich die Summe reduzieren, aber die Hauptproblematik für mich und meine Mitarbeitenden ist wirklich so, wie es Herr Zemp gesagt hat, dass wir nicht so ganz genau wissen, was wir eigentlich noch machen müssen. Ich wäre froh, wenn Sie die Überweisung ablehnen und allenfalls mit einem konkreten Antrag und der genauen Formulierung, was genau Sie wünschen, kommen.

Abstimmung:

Die Teilüberweisung der Motion Nr. 283/2014, Planungsbericht zur Erarbeitung „Masterplan Gemeindeinfrastrukturanlagen in der Gemeinde Horw“, wird mit 8:19 Stimmen, keine Enthaltungen, abgelehnt.

Urs Röllli (FDP)

Robert Odermatt
(SVP)

Roland Bühlmann
(SVP)

8. Postulat Nr. 654/2014 von Thomas Zemp, CVP: Überprüfung und Aktualisierung Strassenverzeichnis (Nr. 633)

Die fehlerhaften Aussagen zur Klassierung der Krienserstrasse im B+A Nr. 1530 haben mich veranlasst, das Strassenverzeichnis zu konsultieren. Damit im Hinblick auf anstehende Strassensanierungen unangenehme Diskussionen vermieden werden können, scheint es mir wichtig, dass das Verzeichnis regelmässig überprüft wird. Einerseits ist das eine laufende Aufgabe, immer dann, wenn sich im Bereich der Strassen Veränderungen ergeben. Andererseits sollte aber auch periodisch, z.B. alle 10 Jahre, eine grundsätzliche Überprüfung, speziell der Gemeindestrassen 1. Klasse, durchgeführt werden.

Thomas Zemp (CVP)

Es gibt die eine oder andere Strasse, von der ich meine, dass man sie überprüfen könnte. Es ist auch gerade dann ein Indiz für mich, dass man es wieder einmal überprüfen sollte, wenn man nicht wirklich einfach so sagen kann, wieso eine Strasse der entsprechenden Klasse zugeteilt ist. Ein konkretes Beispiel ist für mich die Seestrasse. Diese ist heute als Gemeindestrasse 1. Klasse eingestuft und wenn man die Verordnung zum Strassengesetz vom Kanton Luzern liest, sieht man, dass Gemeindestrassen 1. Klasse vor allem verkehrsorientierte Strassen sind, im Gegensatz zu den Strassen der 2. und 3. Klasse, bei denen es sich um siedlungsorientierte Strassen handelt. Die Seestrasse ist von mir aus gesehen ganz klar keine verkehrsorientierte Strasse, sondern sie hat einen Zubringercharakter, es verkehrt kein ÖV und von daher kann man sich die Frage stellen, ob das eine Gemeindestrasse 1. Klasse ist resp. man müsste eine gute Begründung haben, zumal sie ja nicht öffentlich befahrbar ist.

1996 trat das neue Strassengesetz in Kraft. Daraufhin hat die Gemeinde Horw das neue Strassenreglement erarbeitet, das im Februar 2000 beschlossen wurde. Gleichzeitig wurde dem Parlament ein Planungsbericht zum Strassenverzeichnis vorgelegt. Darin wurden die neuen Begrifflichkeiten und die Einteilung der Strassen von Horw dargelegt. Es wurde darin auch schon darauf hingewiesen, dass das Strassenverzeichnis einem Wandel unterliegt und Anpassungen nötig sein werden. Es gab damals noch nicht realisierte Strassen, die noch zu einem späteren Zeitpunkt aufgenommen werden mussten. Das wird es immer wieder geben und es gibt auch Strassen, die sich aus übergeordneten Gründen so verändern, dass eine Umverteilung nötig ist. Wir haben in der Vergangenheit schon mehrmals das Strassenverzeichnis geändert, weil neue Strassen entstanden sind oder weil übergeordnete Massnahmen eine Veränderung in der Einreihung nötig machten.

Manuela Bernasconi (CVP)

Das aktuelle Strassenverzeichnis trägt das Ausgabedatum Juni 2011. Es wird jeweils im Verzeichnis angefügt, wann eine Veränderung eintritt. Das Verfahren ist recht aufwändig, weil natürlich auch die Grundeigentümer einbezogen werden müssen. Die Kompetenz für den Erlass der Einteilung liegt beim Gemeinderat.

Die Ausgangslage des Strassenreglements ändert sich ja nicht von Jahr zu Jahr bei den einzelnen Strassen. Deshalb ist eine generelle Überprüfung nicht nötig und würde sehr hohe Kosten auslösen.

Gemäss Strassengesetz §11 sind Strassen in eine andere Kategorie einzureihen, wenn sich ihre Funktion und ihre Verkehrsbedeutung geändert haben. Das aktuelle Strassenverzeichnis wurde 2011 letztmals erlassen, also wurden damals die anstehenden Änderungen aufgenommen. Seit damals hat sich bei den Funktionen der Strasse keine Änderung ergeben. An dieser Stelle kann ich erwähnen, dass 2004 die übergeordneten Änderungen im Rahmen der A2/6-Erschliessung stattfanden. Damals war eine weitrei-

chende Überprüfung nötig um zu sehen, welche Strassen neu eingereiht werden müssen. 2003 wurde das erste Strassenverzeichnis erlassen und 2006 wurde es bereits wieder erlassen. Das Verzeichnis wird also dauern nachgeführt und von Zeit zu Zeit wieder neu erlassen. Es ist also eine Daueraufgabe des Gemeinderates.

Zur Seestrasse wird ja zurzeit das Betriebs- und Gestaltungskonzept erarbeitet. Wenn es der Gemeinderat stützt, würden wir Ihnen einmal die Abhandlung machen, warum die Seestrasse in der 1. Klasse eingereiht ist.

Der Gemeinderat ist nicht bereit, das Postulat entgegenzunehmen. Unserer Begründung ist, dass es eine Daueraufgabe des Gemeinderates ist und auch in seiner Kompetenz liegt, das Strassenverzeichnis zu überprüfen und von Zeit zu Zeit neu zu erlassen.

Ich halte an meinem Antrag fest, das Postulat zu überweisen. Es ist ja ein Postulat, weil es in der Kompetenz des Gemeinderates liegt, wenn es in der Kompetenz des Einwohnerrates wäre, hätte ich eine Motion gemacht. Ich bin der Meinung, dass es wichtig ist, dass die Überprüfung vorgenommen wird, auch aus Erkenntnis der Krienserstrasse, wo offenbar nicht allen Entscheidungsträgern der Verwaltung bekannt war, was im Strassenverzeichnis steht. Ich spreche auch nicht von einer grundsätzlichen Überprüfung aller Strassen, es sind genau 10 Strassen, die in der 1. Klasse sind und es gibt vielleicht die eine oder andere, bei der man sich auch fragen kann, ob sie da hineingehört. Wenn man recherchiert und schaut, wie die Kategorisierung in anderen Gemeinden gemacht wird, dann ist die Seestrasse anders ausgestaltet als eine Kantonsstrasse oder eine Kastanienbaumstrasse und es ist eine gute Begründung nötig, wenn man die Strasse in der 1. Klasse behalten möchte.

Thomas Zemp (CVP)

Wir haben vom Gemeinderat erfahren, dass die im Postulat geforderte Überprüfung und Aktualisierung des Strassenverzeichnisses eine definierte und periodische Aufgabe des Bauamtes darstellt. Wir haben vorhin von Frau Bernasconi gehört, dass wir uns um strategische Aufgaben kümmern sollen und ein Strassenverzeichnis zu aktualisieren ist eine operative Tätigkeit. Es ist deshalb nicht notwendig, die Überprüfung mit einem separaten Vorstoss nochmals zu fordern. Angesichts von dem Lapsus bei der Krienserstrasse, welchen sicher auch der Gemeinderat kein weiteres Mal erleben möchte, gehe ich davon aus, dass dieser Überprüfung und Aktualisierung vom Strassenverzeichnis jetzt erst recht ein besonderes Augenmerk geschenkt wird. Darum braucht es keine Überweisung eines extra Postulats.

Jürg Biese (FDP)

Strategisch oder operativ, bei der Seestrasse reden wir über ein Projekt, in das wir gemäss Finanz- und Aufgabenplan gegen 12 Mio. Franken investieren. Da müssen Sie sich vorher gut überlegen, ob eine Beteiligung der Grundeigentümer gemacht werden muss oder nicht. So gesehen ist das für mich hoch strategisch.

Thomas Zemp (CVP)

Auch die L2O ist der Meinung, dass es nicht nötig ist, das Verzeichnis grundlegend zu überarbeiten. Das ist eine reine Verwaltungsbeschäftigung, bei Sie ja sonst eher dagegen sind.

Konrad Durrer (L2O)

Die Seestrasse hat eine grössere Bedeutung, auch wenn dort kein ÖV fährt und gerade dort möchten wir auch wegen dem Seeanstoss und den Ufermauern usw. schauen, dass es eine Lösung gibt, die für alle attraktiv bleibt und die nicht durch irgendwelche Perimeterverfahren über Jahrzehnte blockiert wird.

Abstimmung:

Das Postulat Nr. 654/2014, Überprüfung und Aktualisierung Strassenverzeichnis (Nr. 633) wird mit 14:13 Stimmen überwiesen.

Roland Bühlmann (SVP)

9. Interpellation Nr. 639/2014 von Hannes Koch, L2O, und Mitunterzeichnenden: Weiteres Vorgehen in Bezug auf den Ökihof

Das Postulat wurde mit Unterschriften von fast allen Parteien am 16. Juni 2014 eingereicht. Wegen der Bauthematik vom Ökihof wurde es dringlich eingereicht, das hat sich zum Glück erledigt und als nicht so dramatisch herausgestellt. Nichtsdestotrotz ist der Ökihof jetzt schon seit Langem ein Thema und es ist klar, dass man etwas machen muss. Die ganze Verkehrsproblematik steht im Vordergrund, es ist ein Projekt, das REAL in Zusammenarbeit mit Kriens und Horw umsetzen wird und es ist unklar, was da jetzt genau läuft. Dadurch, dass das für Horw wie auch für Krienser ein wichtiges Unternehmen ist, finde ich es wichtig, dass wir Klarheit bekommen, wo wir im Moment stehen. Dadurch finde ich es wichtig, dass die Fragen, ausser Frage 3, die mittlerweile irrelevant ist, beantwortet werden.

Hannes Koch (L2O)

Gerne beantworte ich die Fragen Ihrer Interpellation.

Robert Odermatt
(SVP)

1. Wo steht der Gemeinderat in der Planung mit der Gemeinde Kriens?

Bisher ist keine Lösung in Sicht. Detailliert wird die Frage zusammen mit den nachfolgenden Fragen beantwortet.

2. Welches sind die Resultate aus der Machbarkeitsstudie?

Im Auftrag von REAL wurde von der Fa. Emch Berger in Luzern ein Verkehrskonzept erstellt. Wir haben dieses Ende August 2014 erhalten und unserem Bereich Tiefbau zur Stellungnahme zugestellt. Zur vertieften Prüfung wurde die Fa. Margadant AG Horw beigezogen. Den ausführlichen Bericht dieser Firma haben wir Ende Oktober erhalten. Das Fazit unseres Verkehrsplaners lautet: Eine Baubewilligung mit diesem Verkehrsablauf/Verkehrskonzept kann nicht in Aussicht gestellt werden. Für eine positive Beurteilung müssten elf als problematisch eingestufte Punkte gelöst werden. Mit einer Anpassung des vorliegenden Konzepts können die Auflagen mindestens teilweise erfüllt werden, aber selbst dann befriedigt das Konzept nicht. Aufgrund dieses Berichtes hat der Gemeinderat beschlossen, dass auf Verwaltungsebene eine Sitzung zwischen den Verkehrsplanern von REAL und Horw sowie den zuständigen Tiefbaumitarbeitenden von Kriens, Horw und REAL einzuberufen ist. Diese Sitzung hat in der Zwischenzeit stattgefunden. Es konnte keine wesentliche Annäherung der Standpunkte erreicht werden. REAL und deren Verkehrsplaner sind der Auffassung, dass das vorliegende Konzept genügend ist und im Normalbetrieb der Ökihof ohne besondere Massnahmen betrieben werden könnte. Es sei nicht nötig, das Konzept auf wenige Spitzentage im Jahr auszulegen. Unser Tiefbau und deren Verkehrsplaner haben weiterhin Zweifel beim Verkehrskonzept, weil das System selbst bei durchschnittlichen Belastungen oder bei Störungen rasch kollabieren und auf die Technikumstrasse rückstauen kann. In diesem Fall ist umgehend die Ein- und Ausfahrt zum Pilatusmarkt verstopft, was wiederum sehr schnell einen Rückstau zum Kreisel Steinibach verursacht und das ganze Verkehrssystem lahmlegen kann. Wenn wir berücksichtigen, dass LuzernSüd ca. 15'000 Bewohner und Arbeitsplätze bekommen soll, hat der Gemeinderat Horw grösste Bedenken, an dem Standort die Zustimmung für einen teuren Neubau zu geben, mit der die Situation für die nächsten 20 bis 30 Jahre zementiert würde.

Aufgrund dieser Ausgangslage wurde eine Sitzung mit einer Delegation des Gemeinderates Kriens, REAL und zwei Vertretern des Gemeinderates Horw einberufen, die allerdings nicht viel Neues gebracht hat. Wir haben jedoch beschlossen, einige

Punkte zu klären, z.B. ob versucht werden soll, das vorliegende Verkehrskonzept zu optimieren oder ob man nicht den Tatsachen ins Auge sehen sollte und definitiv ein neuer Standort gesucht werden sollte. Horw hat bereits früher diverse Vorschläge gemacht, wie Erweiterung Ökihof am bestehenden Standort, was inzwischen nicht mehr möglich ist; Kreisel Schlund; Grütwäldli oben an der Autobahn zwischen Steinibach und Pilatusmarkt; Liegenschaft Hegglin Transporte, die aber inzwischen verkauft ist. Ausserdem habe ich vor drei Wochen REAL eine Adresse einer geeigneten Gewerbeliegenschaft im Schlund übermittelt.

3. Was wird von der Gemeinde Horw angestrebt, um die Sicherheit der Mitarbeitenden und Kunden zu sichern?

Im Sommer 2013 hat sich ein Randabschlussstein aus einem Stahlträger gelöst und ist auf den Boden gefallen, dies an einer Aussenwand des Ökihofes. Aufgrund dieses Vorfalles wurde ein Ingenieurbüro beauftragt, das ganze Deckensystem zu überprüfen und es wurden einige Sofortmassnahmen ausgeführt. Die Randabschlusssteine wurden mit Keilen gesichert und zusätzlich die Zwischenräume zwischen Stein und Eisenträger ausgeschäumt, damit sich die Keile nicht lösen können. Aufgrund dieser Massnahmen ist die Sicherheit von Mitarbeitern und Kunden des Ökihofes gewährleistet. Die Sicherheit ist genauso gross wie an den übrigen Standorten im täglichen Leben.

4. Was wird von der Gemeinde Horw unternommen, um das Verkehrsaufkommen besser zu regeln und somit die Situation für die Anwohner zu verbessern?

Seit ca. 1 ½ Jahren werden in den Stosszeiten und bei Bedarf von der Securitas Verkehrsslotsen beigezogen, welche dafür sorgen, dass die Bewohner des Steinibachweges jederzeit ungehindert Zu- und Wegfahrt haben.

5. Wie kann garantiert werden, dass der Ort des Ökihofes auch in Zukunft für Horwer/-innen attraktiv bleibt?

Für den Gemeinderat ist ein Ökihof in vernünftiger Entfernung sehr wichtig. Dies kann aber auch im Gebiet LuzernSüd, Schlund, Kuonimatt etc. liegen. Ob es sinnvoll ist, am bestehenden Standort festzuhalten und neu zu bauen, muss mit den anderen beiden Partnern Kriens und REAL geklärt werden. Immerhin ist im Gebiet LuzernSüd ein zusätzliches Wachstum von rund 15'000 Personen vorgesehen. Dies wird die Besucherzahlen zusätzlich um 20-30 % erhöhen. Die Gemeinde Horw beteiligt sich an der Suche einer neuen Lösung bestmöglich. Wir können aber nicht die Federführung übernehmen, insbesondere wenn es um Lösungen geht, welche nicht auf dem Gemeindegebiet von Horw liegen. Die Abfallentsorgung und das regionale Betreiben von Ökihöfen wurden explizit ausgelagert.

Die Hauptproblematik liegt darin, dass der Ökihof, welcher für die Gemeinde Horw und Kriens gemacht wurde, vom eigenen Erfolg überrannt wurde und heute weit überregional frequentiert wird.

6. Wann kann mit einer abgeschlossenen Planung und somit mit einem Beginn der Umsetzung des optimierten Ökihofes gerechnet werden?

Diese Frage kann im heutigen Zeitpunkt nicht beantwortet werden. Wie bereits erwähnt, wurde der Betrieb von Ökihöfen an REAL delegiert bzw. ausgelagert. Horw wird nicht selber einen Ökihof bauen und auf dem Gemeindegebiet von Horw sind auch keine Ersatzstandorte in Aussicht. Die heutige Lösung funktioniert zufriedenstellend, jedoch nur unter Beizug von Verkehrsslotsen während den Spitzenzeiten. Diese haben die Möglichkeit, die Fahrzeuge in eine Warteschlange um den oberen Kreisel bei der Tankstelle zu weisen. Eine Lösung am jetzigen Standort, mit Einfahrt von der Technikumstrasse her, bietet keine solche Lösung mehr, wenn der Betrieb überlastet ist. Die Fahrzeuge können nicht mehr in eine Warteschlange gewiesen

werden. Solange nicht die Gewissheit besteht bzw. ein Konzept klar aufzeigt, dass ein Neubau am jetzigen Standort auch in Zeiten mit erhöhten Frequenzen funktioniert, macht es keinen Sinn, grosse Investitionen zu tätigen. Lieber eine schlechte Lösung, welche wenigstens funktioniert, als eine teure neue Lösung, welche den ganzen Verkehr an der Technikumstrasse/Steinibachkreisel in Spitzenzeiten zum Erliegen bringt.

Wir wissen, dass Ganze ist nur eine Baustelle, wir arbeiten daran, soweit es in unserer Kompetenz und Möglichkeit liegt. Der grosse Befreiungsschlag ist uns leider noch nicht gelungen, allerdings ist es gut möglich, dass wir bereits in einigen Wochen eine Lösung haben, dann nämlich, wenn sich REAL mit dem Liegenschaftsbesitzer im Schlund, der Verkaufsabsichten hat, einigen könnte.

Ist der Interpellant mit der Beantwortung zufrieden?

Roland Bühlmann
(SVP)

Ich wünsche Diskussion.

Hannes Koch (L20)

Ich möchte gerne die Beantwortung kurz zusammenfassen, um zu sehen, ob ich richtig verstanden habe. Wir haben ein dringendes Problem, vor allem wegen dem Verkehr, es wurde vor zwei Jahren eine Baubewilligung erteilt, vor einem Jahr wurde von REAL ein Vorprojekt gemacht, aber man hat gemerkt, dass das Problem nur verlagert würde und weiss, dass man da im Moment nichts machen möchte, weil das Problem mit LuzernSüd noch grösser werden würde. Alternative Standorte wären Grütwäldli, von dem ich sage, dass er zu weit weg ist, oder der Kreisel Schlund, von dem ich gemeint habe, dass das ASTRA kein Interesse an einem Verkauf habe. Eigentlich ist ja REAL Betreiber vom Ökihof und sie haben eine Lösung gebracht mit mehr Platz. Man kann 18 Parkplätze sehen, ich habe auch gesehen, dass man die Warteschlange reinnehmen kann und so ca. 25 Autos Platz haben. Meine Frage ist, ob man weiss, wie viele Autos da eigentlich herumstehen. Herr Odermatt hat auch gesagt, die Investition mache keinen Sinn, aber diese macht ja nicht Horw, sondern REAL. Darauf hätte ich gerne noch eine Antwort.

Selbstverständlich wird die Investition von REAL getätigt, aber die Probleme, wenn es nicht funktioniert, hat dann die Gemeinde Horw. Darum sind wir der Meinung, dass es besser ist, das jetzt sauber zu klären. Es wurde ein Verkehrsingenieur hinzugezogen, der die Berechnungen aufgrund der Besucherzahlen gemacht hat. Jeder, der etwas abliefern und dafür zahlen muss, ist via Kassenbon registriert. Man weiss also ungefähr, wie viele Kunden zahlen und wie viele nicht. Auch die Durchlaufzeit pro Kunde ist bekannt, diese liegt bei vier bis fünf Minuten. Von daher ist berechenbar, wie viele Autos pro Stunde durchgeschleust werden können. Die vorliegenden Zahlen zeigen, dass an Spitzentagen auch das neue System nicht ausreichen würde. Wir stützen uns dabei auf die Aussagen des Spezialisten ab.

Robert Odermatt
(SVP)

Sie sagen, das Grütwäldli sei weit weg, dabei sind das keine 200 Meter. Das dreimal so grosse Grundstück ist hervorragend geeignet und liegt oberhalb des Pilatus Marktes, zwischen Pilatus Markt und Steinibach. Der Besitzer wäre bereit, das Grundstück abzutreten und auch bereit, die nötigen Ersatzaufforstungen zu machen. Das bedingt ein entsprechendes Gesuch an den Kanton und weil das Gemeindegebiet von Kriens ist, kann das Gesuch nicht allein Horw oder REAL unterschreiben, sondern es müssten der Grundstückbesitzer, die Gemeinden Kriens und Horw und REAL unterschreiben. Wenn einer der Partner sagt, dass er das gar nicht prüfen möchte, dann geht logischerweise auch das nicht weiter.

Mich erschrickt, wenn ich das höre und mich fragen muss, was das für Schreibtischtäter beim REAL und bei der Gemeinde Kriens sind, die ernsthaft behaupten, dass die heutige Lösung dank zwei Securitas funktioniert. Sie haben heute keinen Warteraum und es gibt auch in Zukunft keinen, ausser sie sagen, es sei ein Warteraum, wenn Autos auf einem Trottoir parkieren. Das ist etwa die gleiche Aussage wie wenn man sagt, dass in der Tannegg der Bus doch auf dem Trottoir fahren soll, wenn es zu eng ist. Vielleicht muss man einmal durchsetzen, dass keine Autos auf das Trottoir dürfen und dann schauen wir einmal, wie gut es noch funktioniert in den Stosszeiten. Aber es ist heute keine Lösung, die akzeptierbar ist.

Thomas Zemp (CVP)

Herr Zemp, ich muss Sie insofern korrigieren, dass nicht REAL und Kriens behaupten, die jetzige Lösung funktioniere gut. Das ist eine Aussage von mir, dass es funktioniert, aber nur unter Beizug von zwei zusätzlichen Leuten und es ist logisch, dass das Fahren und Warten auf dem Trottoir keine super Lösung ist. Das ist ja auch der Grund, warum Anstrengungen für eine neue Lösung laufen.

Robert Odermatt (SVP)

Was ist eine "Spitzenzeit"? Geht es da nur um Weihnachten und Ostern? Mir ist aufgefallen, dass es um Neujahr, wo relativ viel los war, die Autos relativ problemlos Richtung Pilatus Markt standen. Der Kreisel bei der Coop-Tankstelle war leer und es gab nicht einmal eine Verkehrsbehinderung.

Ruth Strässle-Erismann (FDP)

Wenn ich das Projekt anschau ist eine andere Frage, was die angestrebte Dimension an Parkplätzen ist für einen sinnvollen Durchlauf.

Jetzt sind 18 Parkplätze projektiert. Massgebend ist aber nicht die Anzahl Parkplätze, sondern wie viel das ganze System pro Stunde durchschleusen kann. Berechnungen haben ergeben, dass das neue System auch an den 12 bis 15 Spitzentagen kollabiert. Das Problem ist, dass das neue System zusammenfallen würde, wenn fünf Autos an der Technikumstrasse anstehen.

Robert Odermatt (SVP)

Würden 50 Parkplätze ausreichen?

Ruth Strässle-Erismann (FDP)

Ja, 50 Parkplätze würden ausreichen. Es müssten auch nicht alle Parkplätze sein, es müsste nur an einer Zufahrtsstrasse sein, an der ein Stau keine Probleme verursachen würde.

Robert Odermatt (SVP)

Ich möchte Thomas Zemp zustimmen. Freitags und samstags ist dort der Teufel los und es gibt dort unglaubliche Staus. Seit Jahren wird das diskutiert und es ist seit Jahren ein Flickwerk. Wir würden es sehr schätzen, wenn die Idee, die Herr Odermatt erwähnt hat, mit REAL und Kriens zusammen umgesetzt werden kann, damit wir in den nächsten Jahren mit der ganzen Geschichte ein wenig Ruhe bekommen.

Jörg Conrad (SVP)

Gemäss dem neuen Verkehrskonzept soll die Zufahrt von der Technikumstrasse sein. Ich möchte dem Verkehrsplaner vom REAL noch sagen, dass in der Regel schon Autos warten, bevor der Ökihof aufmacht und die würden dann einfach auf dem Trottoir der Technikumstrasse warten.

Marcel Wirz (FDP)

10. Dringliches Postulat Nr. 655/2015 von Zemp Thomas, CVP, und Mitunterzeichnenden: Planungszonen für preisgünstigen Wohnraum

Bereits die dringliche Motion Nr. 274/2012 von Markus Bider, CVP, und Mitunterzeichnenden fordert vom Gemeinderat, einen Vorschlag zur gesetzlichen Regelung der Sicherstellung von preisgünstigem Wohnraum auszuarbeiten und dem Einwohnerrat zur Beratung vorzulegen. Seit der klaren Überweisung der Motion mit 19:7 Stimmen am 24. Januar 2013 sind fast genau 2 Jahre vergangen. Die Berichterstattung im Rahmen des B+A Nr. 1526 „Verzeichnis der unerledigten Geschäfte und der nicht abgerechneten Bau- und Sonderkredite“ lässt nicht darauf schliessen, dass in Bälde ein entscheidungsfähiger B+A zu erwarten ist. Es wird lediglich ein Planungsbericht angekündigt.

Seit dem 1. Januar 2014 sieht das neue Planungs- und Baugesetz des Kantons Luzern die Möglichkeit der Schaffung von Zonen für preisgünstigem Wohnraum vor. Im Rahmen einer oder mehrerer Planungszonen könnte der Gemeinderat sehr schnell aktiv werden und erste Massnahmen zur Sicherung von preisgünstigem Wohnraum umsetzen. Das Einführen einer oder mehrerer solcher Planungszonen wäre auch ein wichtiges Signal an die Investoren und wir sehen dann auch, wie die Investoren auf das Instrument reagieren und könnten das bei der definitiven Erarbeitung von weiteren Instrumenten berücksichtigen. Darum bitte ich Sie, das Postulat zu überweisen. Ein Postulat ist ja insofern ungefährlich, da das den Gemeinderat ja überhaupt nicht einschränkt, im Gegenteil, es ermuntert ihn, etwas in seinem Zuständigkeitsbereich zu machen.

Wir haben vier Motionen in Bearbeitung und das wäre jetzt ein Postulat zum gleichen Thema. Wir sind an der Ausarbeitung des Planungsberichtes und bereit, das Postulat entgegenzunehmen um zu prüfen, ob man jetzt vorgängig schon irgendetwas machen muss.

Wir unterstützen prinzipiell das Anliegen zur Schaffung und dem Erhalt von preisgünstigem Wohnraum in Horw. 20 % Ausweitung halten wir aber für die oberste Grenze, man könnte sich auch weniger überlegen, da schon heute eine grössere Verdichtung möglich ist. Wichtig ist dabei aber auch, Rahmenbedingungen zu gewährleisten bzw. einzufordern, die die Gebiete lebenswert erhalten, wie z.B. Grünraumgestaltung und Infrastrukturen wie Spielgebiete und ein durchlässiges Fuss- und Langsameverkehrs-Wegnetz. Ebenso fordern wir auch die Gemeinde auf, eine aktive Erwerbspolitik zu betreiben.

Es gibt auch noch mehr Zonen, die man prüfen müsste, wie Spielplatzring oder Seefeld, schlussendlich alle Zonen W3 0.55. Wir begrüssen es sehr, dass das Postulat überwiesen wird und freuen uns, dass die CVP so etwas macht. Es muss dann aber auch weiterhin überprüft werden, dass man 25 % unter der Marktmiete liegt. Ich hoffe, dass der Planungsbericht Vorschläge und Massnahmen aufzeigt, um den Preis zu erhalten.

Die Idee von Herrn Zemp, Zonen auszuscheiden, in denen eine verdichtete Bauweise und damit auch höhere Überbauungsziffern gewährt werden können, ist idealistisch und wunderschön. Auch die FDP-Fraktion findet diesen Gedanken sehr gut. Aber es ist auch so, dass die Idee, 25 % unter der Marktmiete sicherzustellen, aus unserer Sicht überhaupt nicht umsetzbar ist.

Thomas Zemp (CVP)

Manuela Bernasconi (CVP)

Konrad Durrer (L20)

Hannes Koch (L20)

Jürg Biese (FDP)

Es birgt Konfliktpotenzial und ist mit diverse Fragezeichen verbunden.

- Was ist zum Beispiel eine Planungszone?
- Wie ermittelt man die Marktmiete?
- Wie wird die Vorgabe umgesetzt? Wird günstiger gebaut? Wird der Bau subventioniert?
- Wie soll eine weitere Verdichtung bei bestehenden Gebäuden mit Mietverträgen oder Eigentumsverhältnissen umgesetzt werden?

Der Vorstoss scheint uns vom Ansatz her lobenswert, aber er schiesst über das Ziel hinaus. Wir sind darum für eine Nichtüberweisung des Postulats.

Ich möchte auf das Votum von Herrn Biese eingehen. Es hört sich sehr gut an, was Herr Zemp geschrieben hat und wir fänden es schön, wenn das kommen würde, aber es geht auch darum, dass der Gemeinderat das abklärt und uns sagt, was möglich ist. Wir haben gleichzeitig Wünsche betr. Sicherstellung der Preise angebracht und darum finde ich es auch für die Zukunft von Horw wichtig, am Thema dranzubleiben. Es gibt Orte, wo es funktioniert, z.B. gibt es in Zürich Siedlungen, die so gebaut wurden und die auch sehr gut mit der Preispolitik funktionieren.

Hannes Koch (L20)

Beim vorliegenden Postulat kommt natürlich auch die Gemeinde in die Pflicht, was hier aber ein wenig ausgegrenzt wird. Es geht ja auch darum, dass wir dann schauen, dass genügend Freiraum vorhanden ist und auch die nötige Infrastruktur zur Verfügung gestellt wird. Das wird hier leider von der CVP nicht genannt, aber vielleicht ist es auch der falsche Zeitpunkt, um das in ein Postulat zu schreiben.

Ich finde es ein wenig schwierig, von 20 % höherer Ausnützung und Verdichtung usw. zu sprechen, denn der Gemeinderat hat nachher bei der Umsetzung ein Problem. Wir haben angrenzend an die Zonen, die Herr Zemp uns vorgibt, Zonen für eine verdichtete Bauweise. Dort haben wir eine Wohnzone 0.75 und könnten dort noch eine verdichtete Bauweise machen, also noch um 20 % erhöhen. Bis jetzt wurde davon noch gar kein Gebrauch gemacht, und zwar spreche ich von der Bachstrasse. Dort haben wir ein ganzes Gebiet, aber ich kenne keine Baueingabe, die das Potenzial ausschöpfen möchte.

Ulrich Nussbaum (FDP)

Es ist manchmal das Problem in dem Rat, die parlamentarischen Instrumente richtig einzuschätzen. Das ist ein Postulat und ich bin der erste, der einmal Zahlen nennt. Ich könnte auch in das Credo der FDP einstimmen und sagen, dass das doch operativ sei und man jetzt nichts sagen müsse. Die Zahlen sind einmal ein Vorschlag und was das Postulat anbelangt, ist alles in der Kompetenz des Gemeinderates. Es ist ein konkretes Instrument, andere haben wir mit der Motion adressiert, dort erwarten wir noch mehr Instrumente, die uns aufgezeigt werden sollen.

Thomas Zemp (CVP)

Es hat einen Grund, warum ich andere Zonen nicht aufgeführt habe. Der Gemeinderat kann die aber ohne weiteres dazunehmen oder auch nicht. Der Spielplatzring ist beispielsweise eine ganz andere Zone, das ist meines Wissens eine Kernzone wie an der Kantonsstrasse. Auch die Bachstrasse habe ich ganz bewusst nicht aufgenommen, weil diese bereits heute verdichtetes Gebiet ist und darum macht es meiner Meinung nach keinen Sinn, noch einmal etwas draufzuschlagen.

Ich bitte Sie, das Postulat zu überweisen, dann hat der Gemeinderat auch wirklich die Aufforderung, in dem Bereich etwas zu machen.

Bei der letzten Zonenplanrevision haben wir die Bachstrasse für solche Anliegen zur Verfügung gestellt und es wird bis heute nicht genutzt. Man kann ja das ganze Gemeindegebiet in die Planungszone einteilen, wollen wir denn so verdichten und den Wohnraum haben, dass man hinterher gar nichts mehr machen kann und nicht mehr atmen kann?

Ulrich Nussbaum
(FDP)

Wir würden das Postulat grundsätzlich unterstützen, aber man muss sich im Klaren sein, dass eine Kapitalisierung mit 25 % niedrigeren Mietzinsen nicht so einfach ist. Da müssen die richtigen Investoren gefunden werden, die Geld zur Verfügung haben, die Gemeinde hat im Moment kein Geld, aber die Gemeinde wäre wahrscheinlich auch aufgefordert, da mitzumachen. Die 25 % sind ein Punkt, der nicht so einfach zu lösen ist. Die Idee ist gut, aber das wird ein Knackpunkt sein.

Jörg Conrad (SVP)

Die FDP hat sich das Thema zu Herzen genommen, was es heisst, 25 % unter der Marktmiete. Heute haben wir vom energiepolitischen Programm gesprochen und wie wollen wir die Häuser bauen? Da kommt die L2O mit den Vorschlägen Minergie usw. und dass energietechnisch sinnvoll gebaut werden soll, aber das ist nicht günstig. Wenn wir das energiepolitisch wirklich unterstützen wollen, dann wird es sehr schwierig sein, 25 % günstigeren Wohnungsbau zu machen.

Ruth Strässle-Erismann (FDP)

Ich möchte Ihnen den Zeitungsbeitrag der Wohnungsbaugenossenschaften im Dorf in Erinnerung rufen. Die Preise waren in der Zeitung, es werden bis 2'500 Franken in den neuen Blöcken verlangt. Jetzt müssen Sie mir sagen, wie 25 % unter der Marktmiete möglich ist.

Urs Rölly (FDP)

Abstimmung:

Antrag der FDP, das Postulat nicht zu überweisen.

Roland Bühlmann
(SVP)

Der Antrag wird mit 19:7 Stimmen, bei 1 Enthaltung, abgelehnt und das Postulat überwiesen.

Roland Bühlmann
Einwohnerratspräsident

Hermann Herren
Sekretär

Daniel Hunn
Gemeindeschreiber

Heike Sommer
Protokollführerin

Versand: 20. Februar 2015